

**TONY CLIFF  
CHRIS HARMAN  
MICHAEL KIDRON**

TODESKONJUNKTUR



# **RÜSTUNGS- KAPITALISMUS**

Für internationalen Sozialismus und Arbeiterdemokratie

***Internationale Sozialisten***

**TONY CLIFF, MIKE KIDRON, CHRIS HARMAN:**

# **RÜSTUNGSKAPITALISMUS**

## **Inhalt:**

<b>Tony Cliff:</b>	<b>Perspektiven für die permanente Kriegs-Ökonomie</b>	<b>4</b>
<b>Michael Kidron:</b>	<b>Eine Permanente Rüstungsökonomie</b>	<b>10</b>
<b>Chris Harman:</b>	<b>Staatskapitalismus, die Rüstungswirtschaft und die Krise heute</b>	<b>22</b>

## **Vorwort des Herausgebers**

### **Rüstungskapitalismus**

Nach 1945 erlebte die kapitalistische Welt einen langanhaltenden Aufschwung bis in die 70er Jahre hinein. Dieses Phänomen konnte man sich mit der traditionellen marxistischen Theorie nicht erklären und glaubte daher immer mehr, dass der Kapitalismus seine Kinderkrankheiten überwunden hätte und nun ewig währen könne.

Dabei hat sich nur ein weiterer von Marx noch nicht untersuchter Faktor, da noch nicht vorhanden, zur Abschwächung des Falls der Profitraten gezeigt: Der Rüstungskapitalismus

Der 2. Weltkrieg hatte konstantes Kapital zerstört, jedoch weniger durch physische Vernichtung (in Deutschland z.B. nur um die 10%). Mehr Kapital wurde dadurch zerstört, daß die gesamten Ersatzinvestitionen und der gesamte Mehrwert der Länder in die Rüstung floß, nicht kapitalisiert wurde und damit die Substanz ausgezehrt wurde. Die organische Zusammensetzung des Kapitals sank zugunsten der Lohnseite. Die Profitrate war dadurch zwar nach dem Krieg gleich sehr hoch (USA 1948 8,6% nach Steuern/nach Mandel), aber eben nur relativ. Absolut fehlte die Massenkaufkraft und die wegen fehlender Perspektive ausbleibende Investitionsgüternachfrage.

Nach 1945 kam die Wirtschaft weltweit schwer in Gang. Es herrschte einfach keine kaufkräftige Nachfrage. 1948 führte dies in Deutschland z.B. zu massenhaften Hungeraufständen. Die folgende Währungsreform brachte auch keine grundsätzliche Änderung. Erst Mitte der 50er Jahre begann sich das Konjunkturrad zu drehen. Der Krieg war der Vater der Konjunkturbelebung. Wegen des Koreakrieges stiegen die Rüstungsausgaben in den USA von 4,6% (1948) auf 13,4% (1951) des Bruttoinlandsprodukts. Dies führte zu einer weltweiten Nachfrage nach anderen Gütern, die aufgrund der Rüstungsproduktion in den USA weniger hergestellt wurden. Besonders die BRD und Japan, die selber nur geringe Rüstungsausgaben tätigten, profitierten von der zunehmenden Nachfrage. Gleichzeitig wurde durch die Rüstungsproduktion ein großer Teil des Mehrwertes der Kapitalisierung entzogen und führte somit zur Abschwächung des tendenziellen Falls der Profitrate.

Diesen Zusammenhang zwischen Steigerung der Rüstung einerseits und Konjunkturbelebung andererseits bestreiten natürlich die "progressiven" bürgerlichen Ökonomen.

Die pazifistischen und treuen Keynes-Anhänger des schwedischen Sipri-Friedens-Institutes fordern im Gegensatz zu Militärsprechern, die »behaupten, dass höhere Rüstungsausgaben die Arbeitslosigkeit verringern helfen«, soziale Ausgaben:

*»Selbstverständlich jedoch gibt es keinen Grund, warum eine Erhöhung der Staatsausgaben dem Militär zugute kommen sollte: Es gibt genug unbefriedigte soziale Bedürfnisse im Bereich von Gesundheit oder Erziehung ... Träfe es zu, daß Vollbeschäftigung in den westlichen Industrieländern von der Steigerung der Rüstungsausgaben abhängt, so wäre dies ein vernichtendes Urteil über die Grundlagen der Wirtschaftsordnung der westlichen Welt. Jedoch - dem ist nicht so.«<sup>1</sup>*

Wir haben aber oben bereits gesehen, dass mit der Erhöhung der Rüstungsausgaben die Wirtschaftskonjunktur in den 50er Jahren ansprang. Ab Anfang der 70er sank die Rüstung rapide. 1970 noch auf 8,0% sank sie bis 1976 auf 5,4%. Die Profitrate sank von 7,7% in den Jahren 1966-70 auf 5,5% in den Jahren 1970-73 (nach Mandel). 1975 wurden die ersten Massenarbeitslosen über 1 Millionen<sup>2</sup> verzeichnet. Die Tatsachen sprechen ganz klar gegen die Keynes-Anhänger. Natürlich stimmt auch nicht die Begründung der Militärs, die von einer Wirtschaftsbelebung deshalb ausgehen, weil es sich bei der Rüstung um Produkte der Schwerindustrie handelt. Es ist nur eine zusätzliche Triebfeder. Schließlich hat der rüstende Staat zusätzliche Ausgaben, die den Mehrwert des Kapitals schmälern.

Die Hauptursache für den Rüstungskapitalismus aber liegt darin, dass mit der Rüstung der Konkurrent bedroht und zum gleichen Handeln gezwungen wird. Somit wird die Dekapitalisierung allgemein, die abgeschwächte oder sogar negative Kapitalanhäufung führt zu keinem Wettbewerbsnachteil für das einzelne Land. Mit Krankenhäusern oder auch Umweltschutzausgaben kann die nationale Bourgeoisie diesen Effekt nicht erzielen, weil sie den Konkurrenten nicht zu gleichen Maßnahmen zwingen. Cliff nennt folgende Bedingung des Rüstungskapitalismus:

*»Alle wichtigen Länder müssen sich auf diese "öffentlichen Arbeiten" in einem Ausmaß einlassen, das ihrem Niveau der nationalen Produktion und ihres Reichtums entspricht. Wenn nur ein Land oder wenige Länder so verfahren würden, hätten sie weniger Mittel zur Kapitalakkumulation, würden mehr als andere unter der Inflation leiden und wären in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt unterlegen. Nur wenn a l l e wichtigen Länder sich auf sie einlassen, wird jeder es wagen, so zu verfahren.«<sup>3</sup>*

## **Internationale Sozialisten**

---

<sup>1</sup> SIPRI Rüstungsjahrbuch '81/82, Hamburg, Seite 35

<sup>2</sup> Vgl. Norbert Nelte: "Aufschwung für das Kapital, Abschwung für die Arbeiter" in IS (Internationaler Sozialismus' äZeitschrift der ISO) N°1, Seite 10

<sup>3</sup> Tony Cliff: "Perspektiven für die permanente Kriegs-Ökonomie", S. 8

# Perspektiven für die permanente Kriegs-Ökonomie<sup>4</sup>

- Tony Cliff -

Das ökonomische Niveau der Gesellschaft, das Niveau, welches ihre Produktivkräfte erreicht haben, ist der ausschlaggebende Faktor in der Organisation ihrer Armeen. So sagte Marx: »*Unsere Theorie von der Bedingung der Arbeit durch die Produktionsmittel wird, so scheint es, nirgendwo so brillant bestätigt wie in der "Menschenschlachtungs-Industrie".*«

In der Frühphase des Kapitalismus verhinderte die Rückschrittlichkeit der Ökonomie die Ernährung und Bewaffnung großer Armeen. Verglichen mit den Massenarmeen, die im Ersten und Zweiten Weltkrieg mobilisiert wurden, waren die Armeen des frühen, aufsteigenden Kapitalismus sehr klein.

Sogar während der napoleonischen Kriege verfügte Frankreich, praktisch Herrscher über ganz Europa, nie über mehr als eine halbe Million Truppen. Die britischen Streitkräfte dieser Zeit waren nicht mal ein Zehntel so groß wie die französischen.

All das änderte sich mit dem Ersten Weltkrieg. Auf einmal mobilisierte Frankreich, dessen Bevölkerung nur etwa zehn Millionen Menschen mehr betrug wie in den Zeiten Napoleons (40 Millionen zu 30), nicht weniger als fünf Millionen Soldaten. Die anderen kriegsführenden Länder wiesen eine ähnliche Zunahme auf.

Mit dem enormen Wachstum der Armeengröße während des letzten halben Jahrhunderts ging ein Wandel in der Rolle des Militärssektors in der Nationalökonomie einher.

Friedrich der Große erklärte, was die Kriege des 18. Jahrhunderts betraf: »*Der friedliche Bürger soll nicht einmal bemerken, dass sein Land sich im Krieg befindet.*« Sogar während der Kriege des 19. Jahrhunderts, den napoleonischen Kriegen, den Opiumkriegen, des Krimkrieges usw. wurde das Leben der kriegsführenden Nationen insgesamt kaum davon berührt.

## 1914 - Der Wendepunkt

Obwohl während des Ersten Weltkriegs ein bedeutender Anteil der Bevölkerung mobilgemacht und ein wesentlicher Teil der Ökonomie für den Kriegsdienst eingespannt worden ist, nahm der Kampf nicht nur die Soldaten in Anspruch, auch Millionen von Industriearbeitern, Bauern usw. - tatsächlich die ganze Bevölkerung - spürten die Auswirkungen.

Obwohl sich die imperialistischen Mächte einigermaßen auf den Kampf vorbereiteten, war es für die Ökonomie vor dem Ersten Weltkrieg üblich, dass sie kaum auf Rüstungsproduktion eingerichtet war. Erst **nach** Ausbruch des Krieges wurde sie der Situation angepaßt, der sie nun wirklich gegenüberstand - Kanonen oder Butter.

Bis zum Ersten Weltkrieg war es daher möglich, die Entwicklung des Kapitalismus zu analysieren, ohne dem Krieg oder den Vorbereitungen auf ihn allzu große Beachtung zu schenken, weil sie in der ökonomischen Entwicklung eine untergeordnete Rolle spielten.

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg schrumpfte der Militärssektor der Ökonomie wieder: die großen Armeen wurden in bedeutendem Ausmaß demobilisiert und die Rüstungsproduktion drastisch beschnitten.

Im Kielwasser der großen Krise der 30er Jahre und Hitlers Aufstieg zur Macht, trat zum ersten Mal ein gewaltiger Militärssektor in Friedenszeiten auf den Plan. Die kapitalistischen Mächte im Westen - Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten - traten

<sup>4</sup> zuerst erschienen in 'Socialist Review', März 1957. Übersetzung: Karsten Schmitz

allmählich in den Rüstungswettlauf ein. Und obwohl die Industrien dieser Länder vom Kriegszustand profitiert hatten, war der Kriegssektor der Ökonomie nicht einmal bei Ausbruch des Krieges maßgeblich. So gab es 11 Millionen Arbeitslose in den USA und 1½ Millionen in Großbritannien. Der Index der Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten hatte noch 1939 nicht wieder das Niveau von 1929 erreicht. Erst einige Jahre später geschah es, dass die westlichen Mächte ihre Länder gänzlich vor die Kriegsführung spannten.

Zwischen 1939 und 1944 vervielfachte sich die Munitionsproduktion in Deutschland um das Fünffache, in Japan um das Zehnfache, in Großbritannien um das 25fache und in den Vereinigten Staaten um das 50fache.<sup>5</sup>

## Die Kriegsökonomie

	Deutschland		Großbritannien		USA	
	<i>Milliarden Mark</i>		<i>Millionen Pfund</i>		<i>Millionen Dollar</i>	
	1939	1943	1938	1943	1939/40	1944/45
<b>I. Nationaleinkommen</b>	88,0 <sup>1</sup>	125,0 <sup>1</sup>	5,2	9,5	88,6 <sup>1</sup>	186,6
<b>II. Regierungsausgaben (hauptsächl. Rüstung)</b>	60,0 <sup>1</sup>	100,0 <sup>1</sup>	1,0	5,8	16	95,3
<b>II prozentual zu I</b>	68	80	19,2	61,1	18	51
1 Zahlen geschätzt						

Während es in den 1½ Jahrzehnten nach dem Ersten Weltkrieg kein entwickeltes Land gegeben hatte, das über einen relativ großen Kriegssektor verfügte, kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zu keinem solchen Bruch. Bald nach seinem Ende war der Rüstungswettlauf wieder in vollem Gange.

**Selbstverständlich kann es sich beim gegenwärtigen Niveau der Arbeitsproduktivität keine Ökonomie erlauben, die Hälfte oder noch mehr ihrer Bruttoproduktion über eine längere Periode dem Krieg zu opfern. Der Kriegssektor hat sich in das Nationalkapital aller kriegsführenden Länder gefressen; Fabriken und ihre Ausstattung sind verbraucht und nicht erhalten oder ersetzt worden, der Wohnungsbau ist vernachlässigt, Wagen, Möbel, Kleidung usw. sind kaum ersetzt worden.**

Im großen und ganzen sind sogar während der Prosperitätsperioden des Kapitalismus etwa 80% des Nationaleinkommens von der Zivilbevölkerung konsumiert worden und höchstens ca. 20% in die Kapitalakkumulation gegangen. Die folgenden Zahlen zeigen die Akkumulationsrate im Nationaleinkommen der Vergangenheit.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> F. Sternberg: "Capitalism and Socialism on Trial", London 1951, S. 438

<sup>6</sup> Zahlen nach Colin Clarke: "The Conditions of Economic Progress", erste Aufl., London 1940, S. 406

	1860-69	1900-1910	1913	1919-24	1925-30	1934-37
<b>Großbrit.</b>	16,6%	12,2%	-	8,1%	7,6%	7,0%
<b>USA</b>	-	14,3%	-	12,2%	10,9%	5,0%
<b>Frankr.</b>	6,0%	9,0%	12,5%	-	11,2%	-
<b>Deutschl.</b>	-	19,1%	-	-	7,7%	21,9%
<b>Japan</b>	-	-	-	21,9%	19,8%	21,9%

Wenn sogar beim gegenwärtigen Stand der Technik 20% des Nationaleinkommens auf unbegrenzte Zeit für Rüstung ausgegeben würden, würden kaum Ressourcen für die Kapitalakkumulation bleiben; mit anderen Worten, die Ökonomie würde stagnieren.

Selbst wenn der Militärsektor, sagen wir 10% des Nationaleinkommens ausmacht, ist seine Auswirkung auf die Ökonomie im allgemeinen **fundamental**. Sehen wir uns an, wie das zustande kommt.

## Rüstung, Boom und Krise

Seit mehr als einem Jahrhundert hat der Kapitalismus einen rhythmischen Kreislauf von Aufschwung und Krise durchschritten. Krisen traten mehr oder weniger regelmäßig alle zehn Jahre auf. Seit dem Erscheinen der permanenten Kriegsökonomie ist der Kreislauf irgendwie durchbrochen worden. 24 Jahre sind seit dem Tiefpunkt der Krise in den 30er Jahren - 1933 - vergangen. Seit in den wesentlichen westlichen kapitalistischen Ländern die Massenarbeitslosigkeit verschwunden ist, sind etwa 18 Jahre vergangen.

Um zu verstehen, wie das zustande kam, wie ein Militärsektor von ca. 10% oder weniger des Nationaleinkommens eine allgemeine Krise verhindern konnte, sollten wir zuerst die Ursache von Krisen im Kapitalismus zusammenfassen.

## Ursachen der Krisen

Der Hauptgrund für kapitalistische Überproduktionskrisen ist die relativ kleine Kaufkraft der Massen im Vergleich zur Produktionskapazität der Industrie. Wie Marx sagte, bleibt

*»[d]er letzte Grund aller wirklichen Krisen ... immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.«<sup>7</sup>*

Letzendlich liegt der Grund für die kapitalistische Krise darin, daß ein immer größer werdender Teil des gesellschaftlichen Einkommens in die Hände der Kapitalisten fällt und ein immer größer werdender Teil dessen nicht auf den Kauf von Konsumtionsmittel gerichtet wird, sondern stattdessen auf den von Produktionsmitteln, d.h., es wird auf die Kapitalakkumulation gerichtet. Weil aber alle Produktionsmittel **potentiell** Konsumtionsmittel sind - im Laufe der Zeit wird der Wert der Produktionsmittel den Konsumtionsmitteln einverleibt - muß die relative Zunahme im Anteil des Nationaleinkommens, der auf die Akkumulation gerichtet ist, im Vergleich zum Anteil, der auf Konsumtion gerichtet ist, zu Überproduktion führen. Und dies ist ein anwachsender Prozeß. Die Akkumulationszunahme wird von Rationalisierung begleitet, die in einer steigenden Ausbeutungsrate begründet liegt. Je größer die Ausbeutungsrate, desto größer sind die Mittel, aus denen die Akkumulation finanziert wird, im Vergleich zu den Arbeiterlöhnen und den Einkünften der Kapitalisten. Akkumulation bringt Akkumulation hervor.

<sup>7</sup> K. Marx: "Das Kapital", 3. Bd., Werke, Bd. 25, Berlin 1976, S. 501

## **Auswirkungen des Rüstungshaushalts**

Nun übt die Rüstungsökonomie großen Einfluß auf die Volkskaufkraft aus, auf das Niveau der wirklichen Kapitalakkumulation und auf die Summe der Güter, die auf der Suche nach einem Absatzmarkt sind.

Nehmen wir an, daß es eine Million Menschen gibt, die in einem bestimmten Land Arbeit suchen. Nehmen wir weiter an, daß 10% von ihnen von der Regierung in der Rüstungsproduktion beschäftigt werden - etwa 100.000 Menschen. Ihre Kaufkraft würde dazu führen, daß mehr Menschen anderswo eingestellt werden. Das zahlenmäßige Verhältnis der ersten Gruppe zur zweiten wird vom großen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler Keynes der Multiplikator genannt. Um uns kurz zu fassen, können wir uns diesen Begriff ausleihen. Wenn der Multiplikator 2 beträgt, wird die Beschäftigung von 100.000 Leuten durch den Staat die allgemeine Beschäftigung auf 200.000 erhöhen. Wenn der Multiplikator 3 beträgt, wird die Zunahme 300.000 sein usw.

Von hier an kann es keinen Zweifel daran geben, dass die steigernde Auswirkung eines Rüstungshaushalts von 10% auf das Nationaleinkommen einen erheblichen Einfluss auf seine Größe in der Zunahme der Massenkaukraft ausüben kann.

## **Kanonen und Butter**

Zur Wiederholung: wenn 10% des Nationaleinkommens in die Rüstung gehen, werden die Kapitalressourcen, die nach Investitionsmöglichkeiten suchen, drastisch beschnitten: in unserem Beispiel von 20% des Nationaleinkommens auf 10%. Und die zunehmende Kaufkraft der Menschen eröffnet, zusammen mit der Nachfrage des Staates nach Waffen, Armeebekleidung, Kasernen usw., dem Kapital größere Investitionsmöglichkeiten.

Zusätzlich hat die Kriegsökonomie natürlich eine große Auswirkung auf die Steigerungsrate des Angebots nichtmilitärischer Güter, die nach zivilen Käufern suchen.

Mit den Möglichkeiten der zunehmenden Beschäftigung werden wohl auch die Löhne steigen. Das aber schließt, paradoxerweise, nicht die Möglichkeit zunehmender Profite aus: das Kapital arbeitet dann intensiver als zu anderen Zeiten, es ist viel weniger Kapital vorhanden, das mit Verlust arbeitet, sein Umsatz ist größer. So stiegen z.B. die Gesamtlöhne in den USA in den Jahren 1937-42 um 70%, die Profite um 400%!

Mit den gewaltigen Produktivkräften, über die die Gesellschaft gegenwärtig verfügt, muss die Zunahme der Rüstungsbürde nicht unbedingt und immer zur Beschneidung des zivilen Konsums führen. Dies zeigte sich am klarsten im reichsten kapitalistischen Land der Welt - den USA - während des Zweiten Weltkriegs. Obwohl die Vereinigten Staaten 1943 die ungeheure Summe von 83,7 Milliarden Dollar für den Krieg ausgaben, sank der zivile Konsum nicht, sondern lag tatsächlich höher als vor dem Krieg. Er war von 61,7 Milliarden Dollar 1939 auf 70,8 Milliarden 1943 gestiegen (nach den Preisen von 1939), das bedeutete eine Zunahme von 14,7%. Der Nahrungsmittelkonsum stieg um 70 Dollar pro Kopf der Bevölkerung, Ausgaben für Wohnungen und Reparaturen um 12 Dollar, der Kauf von Bekleidung um 25 Dollar. Die Ausgaben für andere Güter, außer Autos, stieg ebenfalls. So lange die Rüstung Werte nicht über einen bestimmten Punkt hinaus verzehrt, schließt die steigende Produktion von Kanonen die steigende Produktion von Butter nicht aus.

## **Warum ausschließlich Rüstung?**

Werfen wir einen Blick auf die grundlegenden Kennzeichen, die die Rüstungsökonomie als großen stabilisierenden Faktor für die kapitalistische Prosperität auszeichnet.

Um als Stabilisator Erfolg zu haben, müssen die "öffentlichen Arbeiten", die der Staat unternimmt, folgende Kriterien erfüllen:

**1 Sie dürfen nicht mit Privatinteressen konkurrieren, die auf demselben Feld produzieren. So würde eine Staatsfabrik, die, sagen wir, Schuhe produziert und mit privaten Schuhproduzenten konkurriert, die Gefahr der Überproduktion von Schuhen nicht verringern, sondern vergrößern. Im Bereich des Kasernenbaus etwa steht der Staat aber allein da.**

**2 Sie müssen die Industrien verwenden, die von den Krisen im allgemeinen am stärksten betroffen sind - die Kapitalgüterindustrie, Schwerindustrie, Industrien, deren Gewicht in der Ökonomie zunimmt und deren Chefs in der herrschenden Klasse dominieren.** Was für "öffentliche Arbeiten" auch unternommen werden, einige Teile der Kapitalistenklasse werden profitieren, wie z.B. die Produzenten von Baumaterial; diese Teile werden gern dazu bereit sein, ein solches Programm zu unterstützen. Andere Teile, die weniger von ihm profitieren, aber die Rechnung über die Steuer bezahlen müssen, werden vielleicht Widerstand leisten oder versuchen, die Kosten für es niedrig zu halten. Nur wenn die Hauptteile der herrschenden Klasse - Schwerindustrie, Monopolisten und Banker - ein direktes Interesse an den beabsichtigten "öffentlichen Arbeiten" haben, können sie in einem Ausmaß durchgeführt werden, das ausreicht, eine Krise zu verhindern.

**3 Sie dürfen der Produktionskapazität des Kapitalismus nicht zuviel hinzufügen - noch besser wäre, sie schmälerten die Produktionskapazität - und sollten, soweit das möglich ist, das Wachstum des sozialen Kapitals verlangsamen.**

**4 Sie dürfen dem Ausstoß an Massen-Konsumgütern, wenn überhaupt, nicht zuviel hinzufügen und somit nicht von höheren Löhnen für einen zunehmenden Markt abhängig sein.**

**5 Die Kapitalistenklasse sollte sie, obwohl sie dem nationalen produktiven Kapital nichts hinzufügen, als wichtigen Faktor zur Verteidigung ihres Reichtums und sogar als Waffe zur Erweiterung ihres produktiven Kapitals ansehen, in welchem Fall die Kapitalisten sie sehr gern annehmen würden.** So haben z.B. die amerikanischen Kapitalisten, die ziemlich wütend auf Roosevelt waren, weil er sich ein jährliches Budgetdefizit von 2-4 Milliarden Dollar leistete (1934: 3,6 Milliarden, 1935: 3 Milliarden, 1936: 4,3 Milliarden, 1937: 2,7 Milliarden), ein Defizit von 59 Milliarden 1941 gar nicht weiter beachtet.

**6 Alle wichtigen Länder müssen sich auf diese "öffentlichen Arbeiten" in einem Ausmaß einlassen, das ihrem Niveau der nationalen Produktion und ihres Reichtums entspricht. Wenn nur ein Land oder wenige Länder so verfahren würden, hätten sie weniger Mittel zur Kapitalakkumulation, würden mehr als andere unter der Inflation leiden und wären in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt unterlegen. Nur wenn a l l e wichtigen Länder sich auf sie einlassen, wird jeder es wagen, so zu verfahren.**

Nur die Rüstung entspricht den notwendigen sechs Kriterien der wachstumsstabilisierenden "öffentlichen Arbeiten".

## **Waffen schaffen Schwierigkeiten**

Es gibt drei Arten grundlegender Widersprüche, in die die permanente Kriegsökonomie fallen könnte.

**Erstens ist die Übereinstimmung längst nicht absolut, wenn die Produktivkräfte der Gesellschaft auch im ganzen mit der "Schlächtermaschinerie" konform gehen.** Die Last der Rüstung kann schneller wachsen als die nationale Produktion. So kann die Rüstung den Lebensstandard der Arbeiter beschneiden, große soziale Unruhen und sogar eine sozialistische Revolution verursachen. Somit kann sie, statt zum Wachstum des Kapitalismus, auch zu seinem Sturz führen.

**Zweitens kann die Rüstung einen großen Fortschritt in der Technik allgemein fördern und damit den zunehmenden Druck zur Krise, wenn sie auch einen großen Teil des nationalen Mehrwerts auffrisst, der nach Investitionsmöglichkeiten sucht, womit sie die Kräfte schwächt, die zu Überproduktion und Krise führen.** (So war die Automatisierung teilweise Kind der Kriegsindustrie.) Unter diesen Umständen müssen, um das kapitalistische Wachstum aufrecht zu erhalten, statt 10% des Nationaleinkommens, die militärischen Zwecken geopfert werden, 20%, 40% oder noch mehr geopfert werden. Dies kann starken Widerstand unter den Arbeitern und den Menschen der unteren Mittelklasse schaffen und sogar gemäßigten Widerstand in den Teilen der Kapitalistenklasse, die nicht direkt vom Rüstungsantrieb profitieren.

### **Abrüstung unter Konkurrenz**

**Drittens können die Mächte so verbissen auf dem Weltmarkt konkurrieren, daß jede, um ihre Position zu stärken, anfängt, ihre Rüstungsausgaben zu beschneiden.** Gegenwärtig sind wir Zeuge, wie Britannien gezwungen wird, sein "Verteidigungs"-Budget wegen der Konkurrenz mit Deutschland und dem Verfall seines internationalen Zahlungsausgleiches zu beschneiden. Bis heute ist kein Land in der Lage gewesen, es mit den USA aufzunehmen, sie zu zwingen, den Rüstungswettkampf aufzugeben und darum zu konkurrieren, "wer am schnellsten das Rüstungsbudget beschneidet". Sie können den größten Militäretat der Welt gewährleisten und die höchsten absoluten Investitionen in die Industrie. Aber wenn die russische Industrie in Schwung kommt, ist es möglich, dass sie in 10 oder 20 Jahren, wenn sie auch das absolute Niveau der US-Industrie nicht erreichen wird, die USA auf dem Weltmarkt letztendlich in bestimmten Industriezweigen schlägt - in denen der Schwerindustrie. Dann müssen die USA vielleicht von Sandys und Macmillan lernen, wie man den Verteidigungsetat kürzt, um die Niederlage auf dem Weltmarkt zu umgehen. So würde die Kriegsökonomie immer weniger als Heilmittel gegen Überproduktion dienen, als Stabilisator des kapitalistischen Wachstums. Wenn die Kriegsökonomie entbehrlich wird, wird die Totenglocke des kapitalistischen Booms mit Sicherheit schlagen.

# Eine Permanente Rüstungsökonomie<sup>8</sup>

- Michael Kidron -

Die bisher vorgeschlagenen Erklärungen beruhen alle auf der Annahme, daß es zu Überproduktion und Arbeitslosigkeit kommt, wenn nicht spezielle ausgleichende Faktoren existieren, seien sie nun bewusst gesteuert, wie im Fall der Planung, oder unbeabsichtigt, wie in den anderen Fällen. Die hier vorgetragene These teilt diese Annahme. Sie unterscheidet sich von anderen Erklärungen darin, dass sie den Mechanismus, der die Konjunkturrichtung bestimmt, außerhalb des angegebenen Kreislaufs lokalisiert.<sup>9</sup>

Das Argument, eine permanente Gefahr der Überproduktion (nicht eine Gefahr permanenter Überproduktion) als untrennbar mit dem kapitalistischen System verknüpft anzusehen, beruht auf drei empirischen Annahmen: dass erstens die Beziehungen zwischen verschiedenen Kapitaleinheiten im großen und ganzen Konkurrenzbeziehungen sind; daß zweitens die Wettbewerbsstärke einer Kapitaleinheit mehr oder weniger von der Größe und Reichweite ihres Aktionsfeldes bestimmt wird; und dass drittens Entscheidungen über Volumen und Entwicklung der jeweiligen Kapitaleinheit privat von Individuen und Gruppen getroffen werden - Entscheidungen, deren Konsequenzen nicht nur diese Minderheit, sondern die ganze Gesellschaft zu tragen hat. Bestünden die beiden ersten Annahmen nicht, so wäre keine Kapitaleinheit gezwungen, durch Akkumulation (d.h. durch Sparen und Investieren) und Konzentration (d.h. durch Fusionen und Aufkäufe) so schnell wie möglich zu wachsen. Gäbe es die dritte Annahme nicht, so könnte das Wachstum nie sehr weit über die Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft hinausgehen. Zusammengenommen definieren diese Annahmen gleichzeitig den Mechanismus der Gewinnung und Wiedergewinnung einer Stabilität, die die Konsumtionsfähigkeit erhöht und die daraus sich ergebende Steigerung der Wachstumsrate wieder dämpft. Im Idealfall sollte das in der Weise geschehen, dass die Beziehungen zwischen den Kapitaleinheiten nicht allzu sehr verschoben werden.

Ein derartiger Mechanismus kann in einem permanenten Rüstungshaushalt gesehen werden. Insoweit das Kapital besteuert wird, um die Rüstungsausgaben zu finanzieren, wird es von finanziellen Mitteln abgeschnitten, die andernfalls in neue Investitionen geflossen wären; insofern Rüstungsausgaben Ausgaben für ein schnell vergeudetes Endprodukt sind, bilden sie einen Nettozuwachs für den Markt der "Verbrauchs"güter. Da eine offensichtliche Folge solcher Ausgaben ein hoher Beschäftigungsstand ist, dessen direkte Konsequenz außerordentlich hohe Wachstumsraten sind, ist der dämpfende Effekt dieser Besteuerung nicht ohne weiteres einsichtig; aber es gibt ihn. Könnte das Kapital seinen gesamten unversteuerten Profit investieren und sorgte gleichzeitig der Staat nur zu bestimmten Zeiten für Nachfrage, so lägen die Wachstumsraten sehr viel höher. Da schließlich Waffen auch noch Luxusgüter in dem Sinne sind, dass sie weder als

---

<sup>8</sup> Ursprünglich bildete dieser Artikel das dritte Kapitel des Buches "Western Capitalism since the War", London 1968, auf deutsch erschienen als: "Rüstung und wirtschaftliches Wachstum", Frankfurt a.M. 1971. Übersetzung: Volkhard Mosler, Rainer Deppe und Hedda Wagner. Auf englisch wurde das dritte Kapitel bereits als separate Broschüre unter dem Namen "The Permanent Arms Economy" herausgegeben.

<sup>9</sup> Die Kreislaufeschemata mögen inzwischen einen allzu günstigen Eindruck hervorgerufen haben. Aber Krisen- und Wachstumszirkel - der gegenwärtig vorherrschende Kurs - sind günstigstenfalls dann als Widersprüche anzusehen, wenn man sie als sozialen Niedergang und materiellen Fortschritt definiert. Die Produktion und Verwendung von Napalm steigert das Volkseinkommen seiner Produzenten - im Wirtschaftschinesisch ist sie daher ohne jeden Zweifel Bestandteil des Wachstumszirkels. Aber nur im Wirtschaftschinesisch. Die Umgangssprache geht mit Werturteilen etwas sorgfältiger um.

Produktions- noch als Subsistenzmittel für die Herstellung anderer Waren verwandt werden, hat ihre Produktion insgesamt keinerlei Auswirkung auf die Profitraten.

Die Rüstungshaushalte haben Erhebliches zur internationalen Steigerung der Ausgabenquote beigetragen. Im Jahre 1962, lange bevor der Vietnamkrieg die amerikanischen (und sowjetischen) Rüstungsausgaben in die Höhe schnellen ließ, kam eine Untersuchung der UN zu dem Schluss, dass jährlich etwa 120 Mrd. Dollar (480 Mrd. DM) für militärische Zwecke ausgegeben wurden. Das entsprach damals etwa acht bis zehn Prozent des Weltproduktionsvolumens und mindestens zwei Dritteln oder sogar hundert Prozent des Volkseinkommens aller Entwicklungsländer. Die Summe erreichte nahezu den jährlichen Wert des Weltwarenxports. Noch schlagender ist ein Vergleich mit den Investitionen: die Rüstungsausgaben machten etwa die Hälfte der Bruttokapitalbildung der ganzen Welt aus.<sup>10</sup>

Die Bedeutung der Rüstungshaushalte schwankt im einzelnen beträchtlich. 85 Prozent der Gesamtausgaben entfielen auf sieben Staaten: China, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Sowjetunion, die USA und Westdeutschland.<sup>11</sup> In den Ländern des westlichen Kapitalismus reichten die Rüstungsausgaben als Anteil des Bruttosozialprodukts von fast 10 Prozent in den Vereinigten Staaten bis zu fast 3 Prozent in Dänemark (Großbritannien: 6,5 Prozent); als Anteil der inländischen Bruttoanlagekapitalbildung von fast 60 Prozent in den USA bis zu 12 Prozent in Norwegen (Großbritannien: 42 Prozent).<sup>12</sup> In jedem Land spielten die Rüstungsausgaben als Marktfaktor und - was noch wichtiger ist - im Vergleich zu den Investitionsausgaben eine gravierende Rolle. Einige Industrien sind deutlich von Rüstungsausgaben abhängig. Ende der fünfziger Jahre gingen neun Zehntel der Endnachfrage nach Flugzeugen und Flugzeugteilen auf Regierungsaufträge zurück, die überwiegend militärische Zwecke verfolgten; fast drei Fünftel der Nachfrage nach Nichteisenmetallen, die Hälfte der Nachfrage nach chemischen und elektronischen Erzeugnissen und mehr als ein Drittel der Nachfrage nach Kommunikationsausrüstung und wissenschaftlichen Instrumenten. In dieser Weise ließe sich eine Liste von achtzehn bedeutenden Industrien aufstellen, deren Endnachfrage zu 10 Prozent und mehr von Regierungsaufträgen bestimmt wurde. In Frankreich reicht die Liste von 72 Prozent bei Flugzeugen und Flugzeugteilen bis zu 11 Prozent bei optischen und fotografischen Instrumenten.<sup>13</sup> In Großbritannien fänden sich in einer derartigen Aufstellung die Flugzeugindustrie mit 70 Prozent ihrer Produktion, Elektronik und Funkgeräte mit je 35 Prozent, der Schiffbau mit 23 Prozent sowie eine Reihe anderer Industriezweige wieder.<sup>14</sup>

Nicht weniger deutlich sind die Auswirkungen der Rüstungsausgaben auf Stabilität und Investitionen. Sie sind weitgehend auf die Investitionsgüterindustrien konzentriert, die die starken Schwankungen des traditionellen Konjunkturzyklus auslösten. Sie sorgen für eine Dämpfung der Konjunkturabschwünge und sind in den Vereinigten Staaten planmäßig zu diesem Zweck eingesetzt worden. Die Tatsache, dass ein großer Teil dieser Kapitalausrüstung nicht alternativ verwendet werden kann und deshalb normalerweise ihr Wert in die Vertragspreise für Rüstungsbeschaffung einbezogen ist, hebt das

---

<sup>10</sup> United Nations: "Economic and Social Consequences of Disarmament", New York, 1962, S.3.

<sup>11</sup> Ebda., S. 4.

<sup>12</sup> Ebda. Tab. 2-1, S. 55-57. In der Studie der Vereinten Nationen sind die Ziffern für Großbritannien generell niedriger angesetzt als in dem detaillierteren Bericht, den die "Economist Intelligence Unit" ein Jahr später verfaßte: "The Economic Effects of Disarmament", London: EIU 1963 Die Diskrepanz ist für die Argumentation nicht von Belang.

<sup>13</sup> OECD: "Government and Technical Innovation", Paris, 1966, Tab. I, S.27.

<sup>14</sup> EIU, op. cit., S. 49, 65 und 82.

Investitionsrisiko auf und garantiert gleichzeitig den nötigen Gewinn, der die Investitionen auf einem hohen Stand hält.

Es wurde schon gezeigt, wie ein hoher Beschäftigungsgrad Innovationen und Rationalisierungen prämiiert. In einem noch höheren Maße gilt das für die Forschung. Gerade hier sind die militärischen Ausgaben proportional von großem Gewicht. Sie machten in den Vereinigten Staaten (1962-63) 52 Prozent aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung aus; in Großbritannien (1961-62) 39 Prozent, in Frankreich (1962) 30 Prozent und in Westdeutschland (1964) nach einer Teilschätzung 15 Prozent.<sup>15</sup> Nicht weniger als 300.000 qualifizierte Wissenschaftler sind im OECD-Bereich mit Forschung und Entwicklung für militärische und für Raumfahrt-Zwecke befasst, vor allem in den sechs bereits genannten Ländern sowie in Kanada und Belgien.<sup>16</sup> In Großbritannien waren es 1959 rund 10.000 Personen oder ein Fünftel aller Wissenschaftler, die von weiteren rund 30.000 in der Forschung tätigen nicht-qualifizierten Arbeitskräften unterstützt wurden.<sup>17</sup> Ein beträchtlicher Teil dieser Forschung ist nutzlose, vergeudete Arbeit. Sie ist in der Regel an Verträge über spezielle Waffen und Ausrüstungsgegenstände gebunden; vieles davon hat nur noch Schrottwert, wenn ein Auftrag gestrichen wird: von den sechzehn Einzelteilen der elektronischen und navigatorischen Ausrüstung, die für die britische TSR 2 entwickelt worden war, konnten 1966 nur sechs aus den Trümmern gerettet werden. Die Kosten steigen schneller als die Leistungen, da die Regierung nach den Worten des Ausschusses für öffentliche Rechnungsprüfung bei den Preisverhandlungen benachteiligt ist, »weil sie nicht über jene Informationen verfügt, die der Unternehmer aufgrund der Kosten früherer Produktionen besitzt«.<sup>18</sup> Rationale Vorsätze werden bisweilen durch das unmittelbare Interesse vermittelnder Offiziere, sich für die Zeit nach ihrer Pensionierung im Zivilleben eine Berufschance zu sichern, zunichte gemacht. (1960 standen in den Vereinigten Staaten 1462 pensionierte Offiziere, darunter 251 ehemalige Generale und Admirale, auf den Gehaltslisten der 720 größten Rüstungsproduzenten.) Überdies wird der überwiegende Teil der Forschungsergebnisse geheim gehalten.

Doch das Abfallprodukt für die Privatindustrie war keineswegs belanglos. Die militärische Forschung war an der Entwicklung und technischen Vervollkommnung ziviler Projekte - Beispiele: Flugnavigationssysteme, Transportflugzeuge, Computer, Arzneimittel, Dieselmotoren, Hartglas usw. entscheidend beteiligt. Lange Produktionszeiten für militärische Vorhaben führten dazu, daß beispielsweise Selenzellen und Infrarotdetektoren zu Massenartikel-Preisen angeboten werden konnten. Die militärische Zwecksetzung hat zudem allgemein angewandte Techniken perfektioniert, wie Gasturbinen, hydraulische Kraftübertragung und Ultraschall-Schweißung. Bedeutsamer als all dies ist aber, wie der OECD-Bericht<sup>19</sup> betont, folgendes: die Ergebnisse der militärischen Forschung und der Raumfahrtforschung haben in der Vergangenheit die privaten Innovationen stark beeinflusst und werden es auch in Zukunft durch die Stimulierung der technologischen Fortschrittsrate tun. So haben die Erfordernisse der militärischen und Raumfahrt-Technologie besonders im Rahmen von Steuerungs- und Kontrollproblemen zu verstärkter Grundlagen- und angewandter Forschung auf Gebieten wie der Entwicklung von

---

<sup>15</sup> OECD: "Government and Technical Innovation", S.30. Die EIU gibt auf S.27, a.a.O., für England eine Ziffer von 49 Prozent an (1958-59) im Vergleich zu 59,2 Prozent (1955-56).

<sup>16</sup> OECD: a.a.O., S. 29.

<sup>17</sup> EIU: op. cit., S. 32.

<sup>18</sup> "Second Report 1966-1967", 5.8.1966, S.16. Das Zitat stammt aus dem Abschnitt "Pricing of Contracts for the Buccaneer Aircraft".

<sup>19</sup> OECD: a.a.O., S.31-32.

Halbleitern, Mikroschaltkreisen, der Energieumwandlung und physikalischen Metallurgie geführt, die zwangsläufig auf die zivile Technologie zurückwirkt. Darüber hinaus werden Planungstechniken wie die Operationsforschung, Systemsteuerung und ähnliches, die ursprünglich für militärische und Raumfahrt-Zwecke entwickelt wurden, eine generelle Effizienzsteigerung der Produktion und rascheres Reagieren auf Innovationschancen zur Folge haben. Und schließlich hat der hohe Standard der Leistungs- und Zuverlässigkeitsnormen in diesen Systemen neue Mess-, Test- und Kontrolltechniken hervorgebracht, die die Qualität und Präzision von Produkten und Produkteinteilen verbessern werden. Der letzte Punkt ist vor allem für die Elektrotechnik von Belang.

Was den Zusammenhang von Rüstungsausgaben und internationalem Handel betrifft, so schätzte die zitierte Untersuchung der Vereinten Nationen den durchschnittlichen militärischen Jahresbedarf der Industrieländer bei einigen international gehandelten Rohstoffen für die Jahre 1958-59 auf 8,6 Prozent bei Rohöl, 3 Prozent bei Rohgummi, 15,2 Prozent bei Kupfer, 10,3 Prozent bei Nickel, 9,6 Prozent bei Zinn, 9,4 Prozent bei Blei und Zink, 7,5 Prozent bei Molybdän, 6,8 Prozent bei Bauxit, 5,1 Prozent bei Eisenerz, 2,7 Prozent bei Mangan und 2,3 Prozent bei Chromit.<sup>20</sup>

Die Futterkrippe des Verteidigungshaushalts nährt fast ausschließlich die großen Konzerne. Trotz staatlicher Versuche, das Lieferantennetz zu erweitern, kassierten in den USA die hundert größten Unternehmen drei Viertel aller Rüstungsausgaben. In Großbritannien beschäftigten die achtzehn größten jener Unternehmen, die auf den Fragebogen der EIU geantwortet hatten und die insgesamt 71 Prozent aller Beschäftigten stellten, 75,2 Prozent aller in der Rüstungsproduktion tätigen Arbeitskräfte. Das ist nicht überraschend. Nur die größten Unternehmen besitzen die technischen und technologischen Mittel, die der Kompliziertheit und dem Volumen der Waffenproduktion angemessen sind; nur die größten unter ihnen verfügen über eine finanzielle Basis, die es ihnen erlaubt, die erforderlichen Geldmittel für einen entsprechenden Zeitraum zu binden. Aber wenn sie dazu in der Lage sind, dann ist ihr Wachstum garantiert. Die zentralen Rüstungsverträge sind so gewaltig, daß »selbst die Vorspiegelung einer offenen Ausschreibung der Aufträge für einige der kostspieligsten und wichtigsten Regierungsverträge nicht ernsthaft gewahrt bleiben kann.«<sup>21</sup> »Man schätzt«, bekannte ein Angestellter des US-Verteidigungsministeriums vor dem erweiterten Wirtschaftsausschuss des Kongresses 1963, »daß z.B. die Errichtung einer neuen Produktionsstätte für Polarisraketen bis zu drei Jahren dauern und Investitionen in Produktionsanlagen und Spezialwerkzeugen von mehr als 100 Millionen Dollar notwendig machen würde.«<sup>22</sup> Und obgleich die Regierung durch die ständige Vervollkommnung der Rechnungsprüfungs-Techniken versucht, diese Abhängigkeit von Angebotsmonopolisten auszugleichen, wird durch die Beseitigung der Basis aller größeren Kontakte, nämlich der Berechnung von Zeit- und Materialaufwand und der Kosten plus Gewinnspanne, jedes Einkommens- oder Wachstumsrisiko aufgehoben. Manchmal sind die fixierten Garantien so extensiv interpretierbar und wird die Produktion so schlecht überwacht, dass die privaten Vertragspartner sich selber neue Risiken schaffen, wie z.B. Ferranti in seinem "Bloodhound"-Raketenvertrag in Großbritannien; dieses Unternehmen wurde 1964 gezwungen, 4,5 Millionen Pfund seines vertraglich nicht vereinbarten Profits aus einem 13-Millionen-Pfund-Vertrag wieder herauszurücken. Bristol Siddeley, ein anderes Unternehmen, musste 1967 aus einem 16,5-

<sup>20</sup> "Government and Technical Innovation", Tabelle 3-3, S.65.

<sup>21</sup> Shonfield, a.a.O., S.344

<sup>22</sup> Ebda. zitiert, S.344 f.

Millionen-Pfund-Vertrag 4 Millionen Pfund wieder zurückzahlen. Gewöhnlich ist das Kapital allerdings zurückhaltender und dämpft die Wachstumsrisiken in angemessener Weise.

Nun zur Planung. Hier sind die Rüstungsausgaben von entscheidender Bedeutung gewesen. Regierungserklärungen, die klarmachten, daß die Planung in den Vereinigten Staaten eine unmittelbare Reaktion auf den sowjetischen Durchbruch auf dem Gebiet ballistischer Raketen war, sind bereits zitiert worden<sup>23</sup>; ebenfalls ist dargestellt worden, daß scharfe Kontrolle immer mehr zu einem Bestandteil jedes gewichtigen Rüstungsvertrags wird und daß sich die modernen Rechnungsprüfungs- und Kontrollmethoden unmittelbar aus militärischen Notwendigkeiten ableiten. Das gleiche gilt von dem immer wichtigeren Werkzeug zur Realisierung von Planung im großen Maßstab: dem Computer. Seine entscheidenden Entwicklungsphasen sind verknüpft mit dem Zweiten Weltkrieg, und nach wie vor liegen seine kompliziertesten Anwendungen im militärischen Bereich - bei der Lösung von Planungsproblemen, bei militärischen Planspielen und bei der Lager- und Produktionskontrolle. Grund genug für die USA, die Ausfuhr der größten Computer zu unterbinden.

Die unmittelbaren Folgen der Rüstungsausgaben sind vielfältig miteinander verwoben und scheinen insgesamt, ohne weitere Stimuli zu benötigen, sich gleichsam automatisch zu entfalten. Aber nicht alle Probleme sind damit gelöst. Die ökonomischen Konsequenzen der Rüstungsausgaben sind nicht die einzige Tatsachenkette, die die Stabilität erklärt. Jeder Wirtschaftswissenschaftler ist in der Lage, ein Modell zu konstruieren, in dem sich Ersparnisse und Investitionen genau decken und die Nachfrage exakt die Vollbeschäftigung sichert. Eine derartige Modellkonstruktion bereitet technisch keine Schwierigkeiten. Nichtakademiker haben sich in Übereinstimmung mit Strachey auf die eher pragmatische Formel geeinigt, dass »*Verteidigungsausgaben durch andere Formen staatlicher Ausgabenpolitik ersetzt werden könnten [...], etwa durch Wohnungs-, Straßen- und Dammbau oder durch den Bau von Schulen, Kraftwerken usw.*«, beziehungsweise dass die Regierungen »*den gleichen Zweck leicht durch eine geringere Besteuerung der kleinen Einkommen erreichen könnten*«. <sup>24</sup> Und es gibt keinen vernünftigen Grund, daran zu zweifeln.

Doch die kapitalistische Realität ist widerspenstiger als Feder und Papier der Planer. Die Möglichkeit zu produktiven Staatsausgaben ist deutlich begrenzt. In der Sicht des einzelnen Kapitalisten kommen solche Ausgaben einem direkten, offenen Einbruch in seine Jagdgründe durch einen mächtigeren und mit weit größeren materiellen Ressourcen ausgestatteten Konkurrenten gleich; dies muss verhindert werden. Aus der Systemperspektive würden zu viele produktive Staatsausgaben zu einer derart hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals oder, um es anders auszudrücken, zu einer solch niedrigen Grenzproduktivität und daher zu solch niedrigen Durchschnittsprofitraten führen, dass der geringste Anstieg der Reallöhne den Bankrott auslösen müsste. Kurz: außerordentlich umfangreiche produktive Staatsausgaben würden sowohl das Gleichgewicht zwischen den individuellen Kapitaleinheiten stören als auch die Tendenz des Systems zur Überproduktion verstärken.

Nur der letzte Punkt verlangt nach einer Erklärung. Es war ein Gemeinplatz der klassischen politischen Ökonomie, dass, grob gesagt, in einer geschlossenen Wirtschaft langfristig aus der wachsenden Intensität des Kapitals trotz vieler ausgleichender Faktoren

---

<sup>23</sup> Vgl. oben, S. 32 f.

<sup>24</sup> Strachey, a.a.O., S.243 f.

eine Senkung der Profitrate folgen müsste. Das Argument beruhte auf zwei realistischen Annahmen. Erstens: Alle "outputs" fließen wieder als produktiver Verbrauch in das System zurück. Im Idealfall gibt es keine undichten Stellen und nur die Möglichkeit, den gesamten Produktionsertrag zwischen Investitionen und notwendigem Konsum aufzuteilen. Zweitens. In einem geschlossenen Wirtschaftssystem wird diese Aufteilung sich immer mehr zugunsten der Investitionen verschieben (zu ansteigender Kapitalintensität oder, in Marxens Formulierung, zu wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals). Die erste Annahme ist die zentrale; wenn sie zusammenbricht und das Verhältnis der auf Kapital und Arbeit verteilten Erträge unbestimmt wird, wird auch die zweite Annahme hinfällig und mit ihr das "Gesetz".

Marx wies auf bestehende undichte Stellen hin - auf den persönlichen Konsum der Kapitalisten (Luxusgüter) und auf die Goldproduktion -, aber er ignorierte beide, realistischere Weise, denn beide Phänomene hatten zu seinen Lebzeiten keine sonderlich praktische Bedeutung. Spätere nichtmarxistische Theoretiker, die gezwungen waren, das Modell zu verfeinern, und die unter anderen allgemeinen Bedingungen arbeiteten, drangen tiefer in die Struktur dieser nichtproduktiven "Abteilung III" ein. Bortkiewicz hat in einer 1907 veröffentlichten Abhandlung dargelegt, dass die organische Zusammensetzung des Kapitals in der Luxusgüterproduktion auf die Bestimmung der Profitrate keinen Einfluss hat.<sup>25</sup> Sraffa argumentierte in der bislang anspruchsvollsten Weiterentwicklung eines "klassischen" Systems: »*Luxusgüter, die weder als Produktions- noch als Subsistenzmittel für die Produktion anderer Güter verwandt werden, haben keinen Einfluss auf die Entwicklungsrichtung des Systems. Ihre Rolle ist rein passiv. Wenn eine Erfindung die Menge aller zur Produktion einer Luxuseinheit dieses Typs notwendigen Produktionsmittel auf die Hälfte reduzierte, sänke zwar der Preis dieser Ware um die Hälfte, aber es ergäben sich keine weiteren Folgen. Die Preisrelationen der anderen Güter und die Profitrate würden davon nicht berührt werden. Wenn aber eine solche Veränderung in der Produktion einer Ware des entgegengesetzten Typs stattfände, die in den Kreislauf der Produktionsmittel eintritt, würden alle Preise und die Profitraten verändert.*«<sup>26</sup>

Obwohl Sraffa selber es unterlässt, Beispiele und Belege zu geben, entspricht nichts so sehr seiner Konzeption der Luxusgüter wie Waffen, die ja keinesfalls zur Produktion anderer Waren verwandt werden können; und mit Sicherheit gibt es nichts, was ihnen an Umfang und Bedeutung gleichkommt. Aus der Systemperspektive, d.h. idealtypisch gesehen ist die Rüstungsproduktion der entscheidende und scheinbar permanent wirksame Faktor, der dem tendenziellen Sinken der Profitrate entgegenwirkt.

Dies ist das eine Hindernis; es schränkt die Freiheit des Staates ein, nicht-militärische Produktion als Produktionsstabilisator einzusetzen. Das zweite, praktische Hindernis folgt aus dem Domino-Effekt der Rüstungsproduktion: sobald sie in einem Lande aufgenommen ist, durchdringt sie das ganze System, indem sie die anderen Volkswirtschaften in einen Rüstungswettlauf hineinzwängt und sie so in das Aktionsfeld des Stabilisators einbezieht.

Eine andere Möglichkeit scheint ausgeschlossen zu sein. Während die Planlosigkeit oder der Konkurrenzmechanismus oder die "Anarchie der Produktion" innerhalb der

---

<sup>25</sup> Ladislav von Bortkiewicz: "Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des Kapital" in: 'Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik', Juli 1907. Übersetzt und abgedruckt als Anhang in Paul. M. Sweezy (Hrsg.): "Eugen v.Böhm-Bawerks 'Karl Marx und das Ende seines Systems', und Rudolf Hilferdings 'Böhm-Bawerks Kritik an Marx'" New York 1949. Gut zusammengefasst ist die Thematik in P.M. Sweezy: "The Theory of Capitalist Development", 1949, S.115-125.

<sup>26</sup> Piero Sraffa: "The Production of Commodities by Means of Commodities", Cambridge University Print, 1963, S.7-8.

Nationalwirtschaften durch Staatsintervention gedämpft wurde, so dass die privaten Entscheidungen der individuellen Kapitaleinheiten bis zu einem gewissen Grade von allgemeinen Entscheidungen vorstrukturiert sind, bleibt die Anarchie im internationalen Rahmen nahezu absolut. Selbst für kleine Volkswirtschaften, so eingeschränkt ihr Handlungsspielraum auch immer sein mag, gibt es keine Zwangsautoritäten, die mehr Macht als der Nationalstaat besitzen. International entwickelt sich das System immer noch in traditioneller Manier durch wechselseitige Anpassung der nationalen Kapitalien. Aus diesem Grunde muß eine derart homogene Gruppe, wie sie die Länder des vollentwickelten westlichen Kapitalismus darstellen, ihre Beziehungen noch immer durch das Gold regulieren lassen, das zentrale Symbol des klassischen kapitalistischen Mystizismus von den sozialen Beziehungen. Und aus dem nämlichen Grund ist die streng homogene Gruppe der osteuropäischen Länder nicht imstande gewesen, mehr als einen Zoll breit über bilateralen Handel als charakteristischen Ausdruck ihrer gegenseitigen Beziehungen hinauszugehen. Die Kluft zwischen der konkurrenzbeherrschten Realität und der Illusion von Zusammenarbeit ist im Kontext der eng verflochtenen Blöcke riesig; zwischen den Blöcken ist sie unermesslich.

Unter diesen Bedingungen muss jedes Land, das Vollbeschäftigung durch produktive Investitionen oder auch durch unproduktive, nutzlose öffentliche Arbeiten (der berühmte Keynesische Pyramidenbau) zu erreichen sucht, notwendig weltweiten Wettbewerb Verluste erleiden. Ein hoher Beschäftigungsgrad könnte so zwar erreicht werden, aber um den Preis der Isolation. Die Folge wäre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine nationale Inflationsrate, die die betroffene Nationalwirtschaft aus dem Weltmarkt werfen würde. Um Vollbeschäftigung dauerhaft zu sichern, muss daher der hohe Beschäftigungsgrad exportiert werden. Und welcher Zwangsmechanismus wäre besser geeignet, die Vollbeschäftigung zu "erkaufen", als eine militärische Bedrohung von außen?

Diese Logik der Situation macht den Gedanken unsinnig, der Rüstungswettlauf könnte durch Wettbewerb in der Raumfahrt ersetzt werden. Sieht man von Nebenprodukten ab, z.B. den Nachrichtenverbindungen über Satelliten, deren ökonomischer Effekt sich in nichts von anderen produktiven Investitionen unterscheidet, dann sind Fortschritte in der Raumfahrttechnologie entweder von potentiell militärischen Wert und erzwingen ebenso wie die militärische Nuklear- oder Raketentechnik eine gleiche Anstrengung auf der Gegenseite, oder sie sind quantitativ so unbedeutend, dass ihre Funktion als lückenfüllende, nutzlose öffentliche Arbeit ignoriert werden kann. In der Praxis ist es ihr militärisches Potential, das die Dollar oder Rubel mobilisiert, an denen sich dann die Propaganda für das nationale Prestige entzünden kann.

Keine dieser Thesen impliziert, dass jemals irgendwo ein Rüstungshaushalt eingerichtet wurde, um den internationalen Rahmen so zu strukturieren, dass er Stabilitätsbedingungen förderlich ist. Man braucht gar nicht zu leugnen, dass Regierungen gewöhnlich ihre Rüstungsetats nur unter Protest erhöhen, dass die größeren Schritte in der Rüstungsentwicklung nicht unbedingt mit ökonomischen Rezessionen zusammengefallen sind, kurz: dass diese Schritte oft als Zwänge empfunden wurden; man kann auch ruhig das Argument gelten lassen, dass der Ausgangssprung in eine permanente Rüstungswirtschaft zufällig erfolgte. Aber all dies ändert nichts am Kern des Sachverhalts. Denn der entscheidende Punkt ist, dass die bloße Existenz nationaler Militärmaschinerien von der gegenwärtigen Größe, wie und unter welchen Umständen auch immer sie entstanden sein mögen, sowohl die Chance ökonomischer Stabilität erhöht als auch die anderen Staaten zur Übernahme bestimmter Reaktions- und Verhaltensweisen veranlasst, die keiner

Überwachung durch eine umfassende Autorität bedürfen. Die Summe dieser Reaktionen konstituiert ein System, dessen Elemente interdependent und gleichzeitig autonom sind und die durch wechselseitigen Zwang zusammengehalten werden - kurz gesagt: ein traditionelles kapitalistisches System

Ist eine Rüstungswirtschaft, und sei es durch Zufall, einmal etabliert, so wird sie zur zwingenden Notwendigkeit - nicht nur, weil ein von militärischer Drohung bestimmtes wechselseitiges Zwangssystem imperativer wirkt als jedes andere, sondern auch weil es zunehmend schwieriger wird, militärische Konkurrenz von ökonomischer zu trennen: beide verschmelzen. Heute, da die Sowjetunion und die USA die überaus kostspieligen Raketenabwehrsysteme einrichten - ein zureichender Aufbau des amerikanischen Nike-X-Systems würde zwischen 30 und 50 Milliarden Dollar kosten -, scheint das Wettrüsten nicht um einer realen Steigerung der militärischen Effektivität willen beschleunigt zu werden, sondern um die ökonomischen Belastungen für den Konkurrenten zu erhöhen. Wie der Militärkorrespondent der 'Times' schrieb, wird der Beschluss zum Aufbau dieser jetzt beiden Seiten technisch verfügbaren Waffensysteme *»nur dann verständlich, wenn er die Erklärung des totalen Wirtschaftskrieges bedeutet und beide Parteien davon überzeugt sind, daß die grundlegenden Vorteile ihrer eigenen ökonomischen Ordnung schließlich die Entscheidung zu ihren Gunsten bringen werden; wenn beide davon ausgehen, daß die lähmende finanzielle Belastung durch diese neuen Waffen zuerst den wirtschaftlichen Zusammenbruch der anderen Seite verursachen wird.«*<sup>27</sup> In der nüchternen Logik der militärwirtschaftlichen Strategie ist es sogar rational, im Frieden eine Angriffswaffe zu sehen, die in der Lage ist, die Wirtschaft zu erschüttern, und die deshalb eine Gegenstrategie des Waffenhortens als Vorbereitung auf die nächste Runde der Feindseligkeiten erforderlich macht. Andererseits könnte der ursprüngliche Entschluss zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems bei den USA wie bei der Sowjetunion eine Reaktion auf eine reale oder eingebildete Drohung sein, die von außerhalb des Hauptabschreckungssystems, von dritter Seite, ausgeht, z.B. von China; oder er geht zurück auf gegenseitiges Misstrauen, was immer dessen Ursachen sein mögen. Obgleich sie damals durchaus ernst gemeint war, drückte McNamaras Versicherung - nach der H-Bomben-Explosion in China im Juni 1967 -, dass Raketenabwehrsysteme auf beiden Seiten die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht *»beeinträchtigen«* würden, eher Hoffnung als Überzeugung aus. Und wie sich schnell herausstellte, war diese Hoffnung trügerisch und flüchtig.

An der Grundsituation zwischen "Feinden" hat sich also gegenüber früheren Zeiten nichts geändert. Was die Beziehungen zwischen "Freunden" betrifft, so haben die Mitglieder der westlichen Koalition gelernt, dass ein gemeinsames Verteidigungsprogramm über die gemeinsamen Interessen hinaus ausgedehnt und als Deckmantel für Sonderinteressen spezieller Industrien in einzelnen Ländern benutzt werden kann. In einem Zweijahresvertrag, der am 30. Juni 1967 auslief, gab die Bundesrepublik die Zusage, in den USA Waffen und Ausrüstung im Wert von 5,4 Milliarden DM zu kaufen, um die amerikanischen Militärausgaben in Westdeutschland auszugleichen. Zehn Monate vor dem Ablauf der Vertragsperiode waren für die Hälfte der Gesamtsumme noch keine Aufträge erteilt worden und weitere Bestellungen auch nicht abzusehen. Wie der 'Economist' schrieb, *»stellt Westdeutschlands Verpflichtung, militärische Ausrüstung in dieser Größenordnung von Amerika zu kaufen [...], eine schwerwiegende Benachteiligung der*

---

<sup>27</sup> 'The Times', 10. Mai 1966; Hervorhebung durch den Verfasser.

westdeutschen Industrie, insbesondere der Flugzeugindustrie dar«. <sup>28</sup> Diese Verpflichtung ist zudem ein harter Schlag für die britische Industrie, die verzweifelt nach einer Lücke im westdeutschen Rüstungsmarkt sucht.

Es ist so gut wie unmöglich, die Bedeutung der Rüstungsproduktion und der Rüstungsverkäufe als Schwertspitze der internationalen Konkurrenz zu überschätzen. Die amerikanischen Erfolge bei dem Versuch, sich den westlichen Markt für komplizierte Waffen zu sichern und die eigene Vorrangstellung auf so unterschiedliche Weise auszubeuten wie durch das NATO-Bündnis oder die Verhinderung französischer Flugzeugverkäufe an Südafrika, haben wahrscheinlich mehr als andere Faktoren die europäische Einigung befördert. Was die Mächte zweiter Ordnung betrifft, so hört man, daß »Englands Sonderstellung in den Vereinigten Staaten nur so lange gewährleistet ist, wie seine militärische Technologie ständig weiterentwickelt wird«, und man weist warnend darauf hin, es gebe »Anzeichen dafür, dass Frankreich in Bälde für eine Kooperation auf dem Gebiet militärischer Kernphysik stärkeres amerikanisches Interesse und größere Beachtung durch die Vereinigten Staaten finden wird«. <sup>29</sup> Am meisten überzeugt wohl die Art und Weise, in der Waffenverkäufe als Bestandteil der Inter- und Intradblock-Konkurrenz organisiert worden sind. Die USA haben einen Chefverkäufer für Waffen: Henry Kuss, Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, dekoriert für seine staatsbürgerlichen Verdienste in Anerkennung seiner überquellenden Auftragsbücher (1967 standen etwa 5,5 Milliarden Dollar in diesen Büchern, ein Zuwachs von 600 Prozent in zehn Jahren), und Chef eines Stabes von siebenundzwanzig Zivilbeamten, die sich mit dem befassen, was als »internationale Nachschubverhandlungen« bezeichnet wird. Die britische Labourregierung hat es ihrerseits für richtig gehalten, neben einem Minister für Abrüstung einen Minister für Rüstungsverkäufe zu ernennen. Letzterer - von seinem eigenen, schnell wachsenden Rüstungsunternehmen ausgeliehen - ist mit Vollmachten ausgestattet, die es ihm erlauben, besondere Exportrichtlinien festzulegen, Planungsschritte von ihrer ersten Phase an zu beeinflussen, Lieferungsdaten zu kontrollieren, den diplomatischen Dienst zu benutzen usw. Denn, so erklärt das britische Außenministerium, »bis es ein umfassendes internationales Abrüstungsabkommen gibt, ist es nur vernünftig, dass dieses Land einen angemessenen Anteil am Rüstungsmarkt erhält« <sup>30</sup> Für Westdeutschland, das in dieser Hinsicht eng an Privatunternehmen gebunden ist, arbeitet seit 1963 die "Waffen- und Luftrüstungs-AG" in den jüngst unabhängig gewordenen Ländern. Und die französische Regierung konzentriert sich bei diesem Geschäft hauptsächlich auf die Opfer internationaler Boykottaktionen: Israel, Südafrika usw. Der Handel blüht.

Doch das Konkurrenzprinzip ist nicht ständig und uneingeschränkt wirksam. Die Ost-West-Beziehungen sind mit Vereinbarungen durchsetzt, die die schlimmsten Gefahren bislang latent gehalten haben: 1961 wurden Kubas Raketenpläne vereitelt, 1963 wurde ein begrenzter Teststopp-Vertrag abgeschlossen, 1967 kam es zu einem Arrangement für den Nahen Osten, und vielleicht einigt man sich bald auf eine Formel über die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen. Es ist denkbar, wenngleich unwahrscheinlich, daß die beiden Großmächte von der ungeheuren Verschwendung und dem Unsinn der Raketenabwehrsysteme ablassen. Aber derartige Vereinbarungen können wohl nur als Versuche interpretiert werden, neue politische und technische Faktoren in das wechselseitige Zwangssystem einzuführen - nichts lässt vorläufig darauf schließen, dass

---

<sup>28</sup> 'The Economist', 21. Mai 1966, S.809-10.

<sup>29</sup> 'The Times', 9. Dezember 1966.

<sup>30</sup> Bericht von einer Unterhausdebatte, 'The Times', 24.5.1966.

man zu einer Zusammenarbeit auf der Basis gemeinsamer Ziele willens und entschlossen ist. Verständlicherweise sind solche Vereinbarungen unter Verbündeten häufiger, aber kaum weniger instabil. Wie lange wird der amerikanische Präsident angesichts des aus der Perspektive der nationalen Kapitalismen ständig wechselnden Kaleidoskops von Vorteilen noch bereit sein, auf die Anwendung des "Buy-American-Act" zu verzichten, wovon der englische Rüstungsverkauf an die USA abhängt? Oder wie lange können sich die westeuropäischen Länder auf den Verzicht der USA auf die osteuropäischen Märkte verlassen? Zumindest im letzten Fall ist die Uhr bald abgelaufen.

Die Assimilation der Rüstungskonkurrenz in die gesamte Weltwirtschaft hat weitreichende Konsequenzen. Die Flexibilität des Rüstungshaushalts als Stabilisator *innerhalb* einer jeden Nationalwirtschaft wird durch die internationale Vermittlung seiner Struktur und seines Volumens bedroht. Eine Erhöhung der Rüstungsausgaben aus guten ökonomischen Gründen, wie sie die Vereinigten Staaten 1960-1961 vornahmen, um einer sich anbahnenden nationalen Rezession zu begegnen, fordert zu Vergeltungsaktionen aus ebenfalls guten international-strategischen Gründen heraus. Es gibt keinerlei Sicherheiten dafür, daß die Eskalation gestoppt wird, sobald Stabilität erreicht ist. Selbst wenn das Unwahrscheinliche einträte und die Eskalation in einem Lande nach Erreichen der Stabilität tatsächlich gestoppt würde, müsste es schon ein außergewöhnlicher Zufall sein, wenn das der Stabilitätspunkt der anderen Länder sein sollte: man braucht nur an die verschiedenen Größen, Strukturen, Entwicklungsstufen, Bündnisformationen und dergleichen mehr zu denken, als die die um eine *gemeinsame* militärische Technologie gruppierten Länder voneinander unterscheiden. Daraus ergibt sich, dass zu jedem möglichen Zeitpunkt einige Länder eine Reduktion der Rüstungsausgaben befürworten werden, um ihre Konkurrenzposition im zivilen Sektor zu sichern, während andere die gleiche Höhe beibehalten wollen und wieder andere auf eine Steigerung der Ausgaben drängen. Die augenblicklichen Auflösungstendenzen in der NATO, aus der Frankreich sich zurückgezogen hat und in der die USA, Großbritannien und Westdeutschland über Unterhaltskosten und nukleare Teilhabe streiten und in der zudem die USA versuchen, die europäischen Rüstungsausgaben hochzutreiben, wogegen Europa sich wehrt, finden hier ihre Erklärung. Das gleiche gilt für die Strukturkrise des Warschauer Pakts, wo Rumänien erfolgreich gegen die Sowjetunion opponiert. In beiden Fällen scheint es keine Möglichkeit zu geben, die strategischen und ökonomischen Bedürfnisse so aufeinander abzustimmen, daß Interessenidentität gesichert wird.

Es kann diese Möglichkeit nicht geben. In einer Kriegswirtschaft werden die Grenzen der Rüstungsausgaben durch die verfügbaren physischen Ressourcen und die Bereitschaft der Bevölkerung gesetzt, Gemetzel und Entbehrungen zu erdulden. In einer *Rüstungswirtschaft* sind - durch den Zwang zur weltweiten Konkurrenzfähigkeit - sowohl im Destruktionsvermögen als auch auf traditioneller Ebene die Grenzen enger gezogen und somit die Komplikationen potenziert.

Eine dieser Komplikationen besteht darin, die "notwendige" Verteidigungsleistung richtig abzuschätzen. Gegenwärtig sind, mit Ausnahme der Supermächte, alle Länder durch die wachsenden Kosten und die steigende Komplexität der entscheidenden Waffensysteme ökonomisch überfordert. Die Ideologie der Rüstungsausgaben ist außerdem durch das rasche Veralten eines Großteils der "Verteidigungs"ausrüstung brüchig geworden. Im übrigen führt die Tatsache, dass die *begrenzte* Verteidigungsbereitschaft, die einer Rüstungswirtschaft immanent ist, nicht unbedingt Feindseligkeiten auslösen muss und bislang auch nicht ausgelöst hat, zu endlosen Debatten über die Fixierung der Grenzen der Rüstungsausgaben; das ist besonders in den kleineren Mitgliedsländern des westlichen Bündnissystems der Fall, die am wenigsten in der Lage sind, mit dem wirtschaftlichen

Entwicklungstempo Schritt zu halten, und die am meisten von den neuen Handelsmöglichkeiten mit dem Ostblock fasziniert werden. Das Fundament für einen langsamen, konkurrenzbestimmten Schwund der Rüstungsausgaben ist gelegt. Die Fakten sprechen für sich. Weder Kuba noch Vietnam haben die sinkende Tendenz der westlichen Rüstungsausgaben rückgängig gemacht. Ihr Anteil an den öffentlichen Ausgaben sank von 25 Prozent im Jahr 1955 auf 17 Prozent im Jahr 1965, und ihr Anteil am Bruttosozialprodukt ging von 7,3 Prozent (1953) auf 4 Prozent (1965) zurück (mittlere Werte). Diese Situation kann man kaum als stabil bezeichnen.

Damit hängt ein anderes Problem zusammen: der Spielraum für Rezessionstendenzen, den eine sinkende Höchstgrenze der Rüstungsausgaben eröffnet. Man darf diesen Sachverhalt nicht zu eng interpretieren. Selbst in der klassischen "laissez-faire"-Periode kannte das wechselnde Verhältnis von Konsum und investierbarem Mehrwert einer Wirtschaft eine untere Grenze der Konjunkturschwankungen. Je höher diese Grenze lag, desto weniger ausgeprägt, wenngleich häufiger, erschienen die Konjunkturzyklen. Diese Untergrenze wird in jedem Fall durch Rüstungsausgaben nach oben verschoben - und zwar viel stärker, als es der gewöhnlich dafür benutzte Index anzeigt (Verteidigungsausgaben als Anteil am Bruttosozialprodukt), weil sie grundsätzlich einen wesentlichen Teil des investierbaren Mehrwerts ausmachen. Aus in diesem Kapitel bereits erwähnten Gründen eignen sich die Rüstungsausgaben besser als andere zur Ankurbelung des Kreislaufs von hohem Beschäftigungsstand, Wachstum usw., **wie er zu Beginn dieses Aufsatzes angedeutet wurde.**

Die Existenz einer Obergrenze für Rüstungsausgaben ist noch in einer anderen Hinsicht bedeutsam. Sie sorgt für einen massiven Anreiz zur Produktivitätssteigerung (gemessen in potentiellen Toten pro Dollar) und führt zu einer zunehmenden Spezialisierung der Rüstungsindustrie sowie zu ihrer Loslösung von zivilen Produktionstechniken. So heißt es in dem schon zitierten OECD-Bericht: *»Die direkte Übertragung von Produkten und Techniken, die für militärische Zwecke und Raumfahrtzwecke entwickelt wurden, auf den zivilen Sektor ist, verglichen mit dem Gesamtvolumen von Forschung und Entwicklung auf militärischem und raumfahrttechnischem Gebiet, sehr gering. Darüber hinaus entwickeln sich die technischen Bedürfnisse von Verteidigung und Raumfahrt abweichend von denen der zivilen Industrie, so dass die Möglichkeiten einer direkten Übertragung sich tendenziell verringern.«*<sup>31</sup> Gekoppelt mit dieser Spezialisierung (und zum Teil deren Effekt) ist eine steigende Kapitalintensität in den Rüstungsindustrien. Aus beiden Momenten folgt, dass sich selbst bei unveränderten relativen Rüstungsausgaben deren Fähigkeit verringert, die Vollbeschäftigung zu halten. Bei sinkenden Ausgaben und bei einer bestimmten technologischen Umsetzung in zivile Produktivität wird ihre Kraft als ausgleichender Faktor gegenüber einer drohenden Überproduktion immer fragwürdiger.

Es wäre mutwilliger Masochismus, würde man dieses Argument mit Zahlen illustrieren - ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da die Arbeitslosigkeit in der westlichen Welt, außer in Großbritannien und Frankreich, einen Tiefstand erreicht hat. Die Sorge der amerikanischen Regierung über die Richtung, die die Veränderung des Beschäftigungsstandes in den sechziger und siebziger Jahren nehmen wird, ist freilich eklatant; sie spiegelt sich in ihren Erklärungen vor dem Senatsunterausschuß für "Beschäftigungsstand und Arbeitskräfte" und im Bericht dieses Ausschusses wider.<sup>32</sup> Diese Sorge ist ein Fingerzeig auf mögliche Entwicklungen. Ein anderer Hinweis ist der neue Typus von Arbeitslosigkeit, der sich

<sup>31</sup> "Government and Technical Innovation", S.31.

<sup>32</sup> "Full Employment: Proposals for Comprehensive Employment and Manpower Policy in the US", Washington, D.C., 1963.

heute abzeichnet. Schnelle, ungeplante und unplanbare technologische Veränderungen im Rüstungssektor haben (im Rahmen einer Obergrenze für Rüstungsausgaben) regionale und berufsspezifische Arbeitslosigkeit erzeugt, der gegenüber allgemeine fiskalische und monetäre Heilkuren wirkungslos bleiben; sie haben beigetragen zum Elend ungelerner Arbeiterschichten, die für die hochentwickelten und rasch wechselnden Techniken unbrauchbar sind. Allerdings verschleiern gegenwärtig noch die Hochkonjunktur und die technologisch regressive Wirkung des Vietnamkriegs mit seiner Rückkehr zu relativ arbeitsintensiven Produkten den Ernst der Situation. Aber die Krise der Schiffsbauzentren in England und in den USA, die prekäre Lage der Flugzeugindustrie-Zentren und selbst die Probleme der amerikanischen Schwarzen können nicht losgelöst von dem Auf und Ab der Rüstungsausgaben und von der wachsenden Komplexität der Produktion von Rüstungsgütern gesehen werden.

Die potentiellen Quellen der Instabilität sind im System verankert. Wenn sich in beiden Lagern des kalten Krieges Risse zeigen und die Anforderungen nichtmilitärischer Konkurrenz immer vordringlicher zu werden scheinen; wenn, zum Teil als Folge davon, die militärische Technologie sich derart spezialisiert, dass sie einige ihrer ökonomisch stabilisierenden Funktionen einbüßt, dann hat das seine bestimmende Ursache darin, dass uneingeschränkter Wettbewerb zwischen unabhängigen Nationalwirtschaften zu ungleichen Wachstumsraten und also zu einem sich stetig verändernden internationalen Gleichgewicht militärischer und ökonomischer Macht führt.

Noch sind diese Elemente der Instabilität nur Rauchzeichen am Horizont. Bislang hat das Gewicht der Rüstungswirtschaft auf der Seite der Stabilität gelegen und den unmittelbaren Ursachen von hohem Beschäftigungsgrad und Wohlstand immer wieder neuen Auftrieb und Rückhalt gegeben. Im Kontext dieser Stabilität jedoch hat sie eine Reihe von Problemen erzeugt, die nicht minder gravierend und bedeutsam sind als die früherer Epochen.

# Staatskapitalismus, die Rüstungswirtschaft und die Krise heute<sup>33</sup>

- Chris Harman -

Der am längsten angehaltene Boom in seiner Geschichte. Das war die Erfahrung des weltkapitalistischen Systems von den 40er Jahren an bis zum Beginn der 70er. Ein Land nach dem anderen erlebte ein enormes Wirtschaftswachstum. Das amerikanische Bruttosozialprodukt wuchs, bis es 1970 drei mal so hoch war wie 1940; Deutschlands Industrieproduktion wuchs um das fünffache seines (stark herabgesetzten) Niveaus von 1949 und die französische Produktion um das vierfache. Sogar die armselige, sich seit langem verschlechternde britische Wirtschaft produzierte am Ende des langen Booms das Doppelte wie zu seinem Anfang.

Die neue Wachstumsära war nicht nur auf die bereits existierenden Industrieländer beschränkt. Japan, das in den 40er Jahren noch für ein Land der Dritten-Welt-Art gehalten wurde, erlangte sein industrielles Wachstum von vor dem Krieg wieder, bis es mit einer 13fachen Zunahme in seiner Industrieproduktion die zweitgrößte westliche Ökonomie nach den USA war. Auch Russlands Wirtschaft wuchs, bis sein Industrieertrag Mitte der 70er das siebenfache von Mitte der 40er Jahre betrug.

Woanders erfüllte sich der Traum von der Vollindustrialisierung oft nicht. Für jede Erfolgsgeschichte gab es ein halbes Dutzend Niederlagen. Indien und China errichteten riesige Industriezentren, aber die Bevölkerungsmasse lebte in beiden Fällen weiterhin in landwirtschaftlicher Verarmung. In Lateinamerika vollzog sich die Urbanisierung oft sehr viel schneller als die Industrialisierung und schuf massive Barackensiedlungen von mehr oder weniger ständig arbeitslosen Subproletariern. "Modernisierung" bedeutete oft nicht mehr, als daß eine städtische Elite mit westlichem Geschmack geschaffen wurde, während die Lebensbedingungen für die meisten Menschen so schrecklich blieben wie zuvor.

Im Weltmaßstab war der Wandel, den der große Boom mit sich brachte, etwa genauso groß wie alles, was in der Geschichte des System zuvor erreicht worden war. Als Marx das "Kommunistische Manifest" schrieb, war die Fabrik nur für einige Teile Großbritanniens und Belgiens charakteristisch. Anderswo in der Welt war sie kaum bekannt. Als Lenin den "Imperialismus" schrieb, war er nur für West- und Mitteleuropa, den Norden der Vereinigten Staaten, einige Städte Ost- und Zentraleuropas, Mailand und Turin in Italien und Teile von Katalonien charakteristisch. In Italien, Spanien, Österreich, Polen, Russland, Frankreich und Japan lebte die Mehrheit der Bevölkerung immer noch auf dem Land; und selbst in den Industriegiganten USA und Deutschland taten das noch ein Drittel der Menschen. Am Ende des großen Booms der 50er und 60er Jahre gab es trotzdem Industriezentren über den ganzen Globus verstreut, die Landbevölkerung war in den entwickelten Ländern zu kleinen Minderheiten zusammengeschrumpft und sogar in Spanien, Italien oder der irischen Republik auf ein Drittel der Gesamtsumme.

Die Menschheit produzierte Reichtümer in einem Ausmaß, von dem zuvor nur geträumt worden war. Und der Betrag erhöhte sich Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt. Wenn der wachsende Wohlstand auch immer noch sehr ungleich verteilt war, wenn er auch in den entwickelten Ländern von bleibender Armut begleitet wurde und in der "Dritten Welt" von unermeßlichem Elend, so konnten die Menschen trotzdem glauben, ein Wandel in der Regierungspolitik bereite dem schnell ein Ende.

---

<sup>33</sup> Dieser Aufsatz ist ein Ausschnitt des dritten Kapitels von C. Harman: "Explaining the Crisis. A Marxist Re-Appraisal", London 1987 (2. Aufl.). Übersetzung: Karsten Schmitz.

Im rechten wie im linken Lager wurde es zu einer Orthodoxie, die Widersprüche im System, die Marx erkannt hatte, für überwunden zu erklären.

Innerhalb der bürgerlichen Ökonomie wurde alles vom Keynesianismus beherrscht - der Behauptung, Regierungen könnten anhaltendes ökonomisches Wachstum und Vollbeschäftigung zum Preis einer geringen Inflationsrate sicherstellen. Die Doktrin gewann viele Bekehrte aus denjenigen, die in den 30ern unnachgiebig die Position vertreten hatten, daß das System am Ende ist. John Strachey, der vor dem Krieg wohl mehr als jeder andere dazu beigetragen hat, die marxistische ökonomische Lehre populär zu machen, erklärte 1956 in England in seinem "Contemporary Capitalism", Marx habe falsch gelegen; gewerkschaftlicher Druck und das Eingreifen aufgeklärter Regierungen könne Krisen endgültig verhindern.

Innerhalb der Linken verblieben viele, die eine traditionellere marxistische Perspektive aufrecht erhalten wollten. Aber in der großen Mehrzahl der Fälle taten sie es, indem sie entweder die Realität des Booms bestritten oder die keynesianische Behauptung, Regierungen könnten Krisen abwehren, halb akzeptierten.

Für den altgedienten deutsch-amerikanischen revolutionären Philosophen, Herbert Marcuse, war das System "eindimensional" geworden, absorbierte es alle Protestelemente der Arbeiter der entwickelten Länder.<sup>34</sup> Für den radikalen Soziologen C. Wright Mills<sup>35</sup> war es nur Nostalgie, die die Linke dazu brachte, auf die Arbeiterklasse zu schauen; die wirkliche Hoffnung sollte in den Intellektuellen und den Studenten liegen. Für die amerikanischen Ökonomen Baran und Sweezy<sup>36</sup> arbeitete die Masse der Arbeiterklasse in den entwickelten Ländern in einem privilegierten Monopolsektor; und der zentrale Systemwiderspruch lag nicht mehr im Klassenkampf in diesen Ländern, sondern vielmehr in den Konflikten zwischen dem Imperialismus und den Menschen der Dritten Welt. Der belgische Wirtschaftswissenschaftler Ernest Mandel versuchte früh, die Möglichkeit eines lang anhaltenden Booms zu leugnen, der dem Gedanken vom "Neokapitalismus" Vorschub leiste, aus dem die Tendenzen zur Krise vollständig verschwunden zu sein scheinen.<sup>37</sup>

In den frühen 70ern gelangte der Boom dann an sein Ende. Eine kurze Rezession, die zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg fast alle bedeutenden Länder auf einmal traf, ließ 1970-71 dunkel ahnen, was noch bevorstand. Ihr folgte 1972-73 ein sehr deutlicher, koordinierter Weltboom - welcher wiederum einer Rezession den Weg ebnete, die man in 35 Jahren nicht erlebt hatte. Als sowohl Arbeitslosigkeits- wie auch Inflationsraten in die Höhe schnellten, taugte die keynesianische Orthodoxie nicht mehr. Unvermutet fanden sich die keynesianischen Ökonomen in Universitäten, Geschäftszirkeln und der Presse von Menschen in den Hintergrund gedrängt vor, die "monetaristische" Theorien verkündeten - kaum mehr als die wiederaufgewärmten Ansichten, die der Keynesianismus selbst eine Generation zuvor abgelöst hatte.

Für Marxisten hätte das Problem nicht so akut sein sollen. Nun konnte man aber nicht einfach bloß akzeptieren, dass Marx' Krisentheorie immer korrekt gewesen ist, wo jedermann wußte, daß sie die wirkliche Welt 30 Jahre lang nicht erklärt hatte, wenn sie es auch plötzlich wieder tat. Innerhalb des Marxismus tobten Debatten zwischen "Fundamentalisten", die darauf bestanden, daß die gegenwärtige Krise als Krise verstanden werden konnte, die Marx beschrieben hat, die für den Boom aber keine Erklärung hatten,

---

<sup>34</sup> H. Marcuse: "Der eindimensionale Mensch"

<sup>35</sup> C. Wright Mills: "Letter to the New Left" in 'New Left Review' 1960 und "The Causes of World War Three", New York 1960

<sup>36</sup> P. Baran und P. Sweezy: "Monopolkapital"

<sup>37</sup> siehe seinen Artikel "The Economics of Neo-Capitalism" in 'Socialist Register' 1946

und "Revisionisten", die darauf bestanden, daß dem großen Boom Rechnung getragen werden musste.

Trotzdem hat es von Beginn des Booms an innerhalb des Marxismus eine Minderheitsströmung gegeben, die den Boom sowohl erklärt als auch dargelegt hat, dass es einen langfristigen Druck am Werke gebe, der ihn nach 20-25 Jahren beenden werde. Diese Strömung ging aus den Schriften eines amerikanischen marxistischen Wirtschaftswissenschaftlers hervor, der Mitte der 40er und 50er Jahre unter den Namen W.T. Oakes und T.N. Vance schrieb.

Oakes/Vance's erster Artikel wurde 1944, gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, geschrieben. In ihm erörterte er, dass sich in Deutschland seit Erscheinen Hitlers und in den Vereinigten Staaten seit Kriegsbeginn eine "neue Ära" der kapitalistischen Entwicklung aufgetan hat, die der "Permanenten Kriegsökonomie". Vorher war das einzige Ziel der kapitalistischen Produktion die Warenproduktion für den Markt gewesen. Jetzt aber »wurden die Ausgaben der Regierung für den Krieg ein legitimer und bedeutender Zweck der ökonomischen Aktivität«. <sup>38</sup> Die grundlegenden Gesetze des Kapitalismus, wie sie von Marx analysiert worden sind - die zunehmende organische Zusammensetzung des Kapitals und die fallende Profitrate -, fanden in dieser "neuen Ära" eine neue Art sich auszudrücken. Die Folge war eine **zeitweilige** Stabilisierung des Systems: »Ich glaube nicht, daß die Permanente Kriegsökonomie dem Kapitalismus eine endgültige Lösung beschert hat. Aber sie kann für die Periode, die hier erwogen wird, funktionieren.« <sup>39</sup>

Oakes/Vance entwickelte diese Analyse 1951 in einer Artikelreihe im halb-trotzkistischen Magazin 'New International' weiter. <sup>40</sup> Noch mehr vertieft wurde sie vom 1957 schreibenden Tony Cliff <sup>41</sup> und 1961 und 1968 von Mike Kidron. <sup>42</sup>

---

<sup>38</sup> W.T. Oakes: "Towards a Permanent War Economy", 'Politics', (New York) Februar 1944 und verschiedene Buchbesprechungen in 'Politics' 1944-45.

<sup>39</sup> Einige von Oakes' Formulierungen sind als "unmarxistisch" und "ahistorisch" kritisiert worden (z.B. von Mandel in "Der Spätkapitalismus"). Die Kritiker scheinen nicht alle der 1944 erschienenen Artikel gelesen zu haben, in denen diese Formulierungen zuerst auftauchten. Er ist des "Ahistorizismus" und des "Unterkonsumtionismus" beschuldigt worden, weil er sagt, in jeder »Klassengesellschaft... liegt die Wurzel aller ökonomischen Probleme in der Tatsache, daß die herrschende Klasse sich einen Teil der Arbeit aneignet, die die arbeitende Klasse oder die arbeitenden Klassen in Form unbezahlter Arbeit aufgebracht haben. Die Enteignung dieser unbezahlten Arbeit bringt ihre eigenen Probleme hervor; im allgemeinen aber werden sie nicht kritisch, solange kein Punkt erreicht ist, wo es notwendig wird, die Akkumulation von Arbeit zu anzuhäufen. Wenn diese Akkumulationen neue Akkumulationen erzeugen... wird die Stabilität der Gesellschaft bedroht... Diese wachsenden... Akkumulationen zuzulassen bedeutet die Untergrabung der bloßen Fundamente der Gesellschaft...« Oakes benutzt die Pyramiden Ägyptens als ein Beispiel für die Zerstörung von "Mehrarbeit" gleichermaßen wie die Kriegsvorbereitungen des alternden Kapitalismus.

Nun ist Oakes' Formulierung gewiß obskur. Sie neigt dazu, den Eindruck zu vermitteln, daß es nichts besonders kapitalistisches an der kapitalistischen Krise gibt. Oakes in diesem Sinne zu interpretieren, heißt aber, eine Interpretation zu liefern, die nicht zu seinen Formulierungen woanders im Artikel passen, wo er sich ausführlich mit der Frage der besonders kapitalistischen Ursachen für Krisen auseinandersetzt - der fallenden Profitrate. Eine nachsichtiger Interpretation dieser Passage wäre, daß er argumentiert, wie Marx es tat, daß jede Klassengesellschaft bis zu einem bestimmten Punkt eine *fortschrittliche* Funktion erfüllt, indem sie die Produktivkräfte entwickelt (was im Kapitalismus Akkumulation genannt wird). Aber jede weitere Entwicklung über diesen Punkt hinaus produziert neue Produktionsverhältnisse, die die herrschende Klasse bedrohen. Daher muß die herrschende Klasse einen Weg finden, auf dem sie die Entwicklung der Produktivkräfte "einfriert" - die "Zerstörung von Mehrarbeit".

Ohne Zweifel gibt es Mängel an Oakes' Formulierung der Angelegenheit. Aber die Mängel liegen weder in einem "Unterkonsumtionismus" begründet, noch sind sie "ahistorisch".

Trotzdem existiert ein ernster Fehler in Oakes' Analyse. Sie unterstellt, daß die Kriegsökonomie eine Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiter bedeuten müsse. Die längste Zeit des großen Booms über war das nicht der Fall - hier lag sein Fehler darin begründet, daß er sein Verständnis von der Art und Weise, wie Rüstungsproduktion dem Zivilsektor Akkumulation gewähren kann, nicht weit genug entwickelt hat.

<sup>40</sup> Die Artikel wurden neu aufgelegt als eine von H. Draper herausgegebene Sammlung: "The Permanent Arms Economy", Berkeley 1970.

Es gab wichtige Unterschiede in den Formulierungen der drei Analysen.<sup>43</sup> Aber in einem wesentlichen Punkt stimmten alle drei Autoren, die auf dem Höhepunkt des großen Booms schrieben, überein: der Boom entsprang aus den Modifikationen des Systems, die in der Periode des Staatskapitalismus und der militärischen Konkurrenz eintreten, aber innerhalb dieser Phase bestehen weiterhin Widersprüche, die in einem späteren Stadium zu einer neuen Periode von Krisen und verstärktem Klassenkampf führen würden.

Nun befinden wir uns in einer Position, in der wir uns den Wandel des großen Booms zu einer neuen Krisenperiode ansehen können.

## **Waffen, Profite und der große Boom**

Die Erfahrung des Ersten Weltkriegs und der Periode 1933-45 war die, daß, **vorausgesetzt** die konkurrierenden Gruppen innerhalb eines jeden Landes gestatteten es, der kapitalistische Staat eingreifen konnte um sicherzustellen, daß die Produktion sich auf einen Aufwärtkurs begab - selbst wenn die Profitrate sank. Der Staat konnte in seinen Händen die Mehrwertmasse sammeln und sie in die Investitionen lenken, unbeachtet von Einschätzungen der Profitabilität. Alle Mittel des Nationalkapitalismus konnten dann dorthin gelenkt werden, wo sie auswärtigen Konkurrenzanforderungen begegneten - ob denen des Marktes oder von militärischer Art.

Das Ausmaß, in dem der Staat nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich eingriff, wich enorm voneinander ab. In den USA und Britannien wurde die direkte Staatskontrolle über einen Großteil der Ökonomie demontiert, in Westdeutschland war die Ideologie des "Wirtschaftswunders" der 50er Jahre das *Laissez-faire*, während, im Gegensatz dazu, der Staat in Italien einen hohen Anteil der Großindustrie besaß und in Japan und Frankreich starke Traditionen der Staatsintervention unter rechten Regierungen vorherrschten.

Aber in einer wesentlichen Hinsicht war der Nachkriegskapitalismus überall "dirigistischer" als alles, was das System zuvor gekannt hat: Das Niveau von *Militärausgaben* lag viel höher als zu irgendwelchen anderen vorausgegangenen Friedenszeiten.

Das traf vor allem auf die Vereinigten Staaten zu - die mit der Hälfte der industriellen Weltproduktion innerhalb ihrer Grenzen und einem etwa doppelt so großen

---

<sup>41</sup> Tony Cliff: "Perspektiven für die Permanente Kriegs-Ökonomie", in dieser Broschüre, zuerst als "Perspectives on the Permanent War Economy" im 'Socialist Review' Mai 1957 erschienen, dann in "A Socialist Review", London 1965, wiederaufgelegt.

<sup>42</sup> siehe "Reform or Revolution: Rejoinder to Left Reformism", in 'International Socialism' (alte Reihe) Nr. 7, Winter 1961 und "Western Capitalism since the War", London 1968. Der hier abgedruckte Artikel "Die permanente Rüstungsökonomie" bildete ursprünglich ein Kapitel dieses Buches.

<sup>43</sup> Vance verbesserte seine frühere Analyse (unter dem Namen Oakes), indem er festhielt, daß es ein Niveau von Ausgaben für Waffen - um die 10% der Gesamtproduktion - gibt, »das kurzfristig auf jeden Fall ausreicht, die durchschnittliche Profitrate auf höherem Niveau als 1929 oder sogar 1940 aufrecht zu erhalten«, das aber bei viel höheren Ausgaben für Waffen einen mächtigen Inflationsdruck erzeugt, der physische Kontrolle über Verteilung und Produktion erfordert.

Cliff bringt die Argumentation ein Stück weiter (obwohl er die Erörterung - für eine einfache Darlegung in einer populären Veröffentlichung - eher "unterkosmionistisch" als in Bezug auf die "Profitrate" unterbreitet). Er verweist auf die Faktoren, von denen erwartet werden kann, daß sie die Rüstungsausgaben auf eine zu hohe oder zu niedrige Stufe treiben und entdeckt, daß ein zunehmendes Niveau von Rüstungsausgaben notwendig ist, um die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten - obwohl ein solch steigendes Niveau andere Probleme für das System schaffen würde.

Kidron liefert die erste *abgerundete* Analyse, die diese verschiedenen Punkte vollständig integriert, die betont, daß es die zunehmende Konkurrenz um  *Märkte* ist, die die USA langfristig zwingt, den Anteil ihrer Produktion, der in Rüstung geht, zu verringern, sowie die Vollbeschäftigung einen zunehmenden Anteil der Rüstungsausgaben erfordern würde, und die die eigentliche Bedeutung dieser Widersprüche für die Profitrate unterstreicht. Der einzige Fehler in Kidrons Analyse 1961 war, dass sie die zunehmende Marktkonkurrenz fälschlicherweise als von der UdSSR ausgehend sah, anstatt von Japan und Westdeutschland.

Bruttosozialprodukt wie Westeuropa und Japan zusammen aus dem Zweiten Weltkrieg als die bei weitem größte Ökonomie hervortraten.

Bis 1939 hatten die USA sehr wenig für Rüstung ausgegeben - weniger als ein Prozent ihres Nationalproduktes. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs schnellte diese Zahl hoch, bis sie 1943 und '44 45% erreichte. Selbst mit der Umstellung auf eine "Friedensökonomie" und der Abrüstung in den ersten Nachkriegsjahren fielen die Kriegsausgaben niemals zurück auf das Vor-1939er-Niveau. 1948 betrug sie 4,6% des Nationalproduktes (und 9,8%, wenn man indirekte Ausgaben berücksichtigt). Die Ausgaben für den Krieg hatten sich in Friedenszeiten vervierfacht. Der Ausbruch des Kalten Krieges bedeutete, daß sie wieder stiegen, um 1951 14,4% zu erreichen (21,1%, wenn man die indirekten Ausgaben berücksichtigt).

Die Ausgaben großer Mengen an Mehrwert für Rüstung hatte eine besondere Auswirkung auf den amerikanischen Kapitalismus, was sich schon im Kriegsverlauf klar zeigte. Die Mehrwertmenge, die in Händen des Privatkapitals verblieb, **nachdem** der Staat seinen Anteil für die Rüstung genommen hatte, war tatsächlich **höher** als in der Zeit davor. Die organische Zusammensetzung des Kapitals neigte dazu zu fallen und die Profitrate stieg.

Profitmasse des US-Kapitalismus <sup>1</sup>		
Nettoprofit aufgeführter US-Produktionsgesellschaften in Bill. US-\$		
	vor Steuer	nach Steuer
1938	1,6	1,3
1940	3,7	2,6
1942	7	2,6
1944	8,2	3
1946	6	4,1

<sup>1</sup> Zahlen in T.N. Vance: "The Permanent War Economy", 'New International', Januar/Februar 1951, wieder aufgelegt als "The Permanent Arms Economy".

Der Anstieg im Netto-Profit, der dem Privatkapital nach Besteuerung blieb, ist unbestreitbar.

Organische Zusammensetzung des Kapitals				
	1939	1941	1944	1946
Schätzung von Vance <sup>1</sup>	72,2	73,7	68	74,8
Schätzung von Gillman <sup>2</sup>	4,3		2,1	
Schätzung von Mage <sup>3</sup>	3,5	2,71	2,03	2,63

<sup>1</sup> Vance, S. 32  
<sup>2</sup> Gillman: "The Falling Rate of Profit", London 1956, S. 54  
<sup>3</sup> Shane Mage: "The 'Law of the falling tendency of the rate of profit', its place in the Marxian theoretical system and its relevance to the US economy", Dr.phil.-Thesen, Columbia University 1963, Vertrieb durch University Microfilms, Ann Arbor, Michigan, S. 174, f

Die drei Kalkulationen definieren die organische Zusammensetzung unterschiedlich und drücken sie anders aus. Aber sie zeigen alle einen Trend in dieselbe Richtung - die organische Zusammensetzung nimmt ab, während die Rüstungsausgaben mit dem Krieg steigen, dann nimmt sie ein wenig zu, als die Abrüstung beginnt.

Profitrate (prozentual) <sup>1</sup>					
	1939	1941	1943	1945	1947
Schätzung von Vance	25,6	28,1	32,6	33,3	27,7
Schätzung von Mage	8,12	10,3	11,1	11,1	10,23

<sup>1</sup> Vance und Mage

Wieder zeigt sich die Bewegungsrichtung klar - aufwärts, als die Rüstungsausgaben während des Krieges stiegen, und stagnierend oder fallend, als die Abrüstung einsetzte.

Dem Aufschwung im Niveau der Rüstungsausgaben während des Koreakrieges (1950-53) folgte der Rückgang auf das Zwei- und Dreifache des Niveaus von 1948 (und auf das Sechs- oder Siebenfache des Niveaus von 1939).

Rüstungsausgaben prozentual zum Bruttosozialprodukt <sup>1</sup>											
1939	1948	1951	1953	1955	1957	1959	1961	1963	1965	1967	1969
1,5	4,3	13,4	13,6	9,9	10,2	9,7	9,3	8,8	7,6	9,1	9

<sup>1</sup> Zahlen aus Mage und E. Mandel: "Late Capitalism", London 1975, S. 276

Während dieser Periode schien die Profitrate Marx' "Gesetz" zu trotzen. In einer Untersuchung, die oft zitiert wird,<sup>44</sup> um zu beweisen, daß die Profitrate fällt, führt Nordhaus Zahlen an, die zeigen, daß sie sich während der 50er und 60er Jahre innerhalb eines engen Spielraumes stabilisierte:<sup>45</sup>

	1951-55	1956-60	1961-65	1966-70
vor Steuern	14,3%	12,2%	14,1%	12,9%
nach Steuern	6,4%	6,2%	8,3%	7,7%

In einer Analyse, die Nordhaus kritisch gegenübersteht, zeigen Fieldstein und Summers, wenn überhaupt etwas, einen kleinen Anstieg der Nettoprofite der Konzerne, die keine Finanz-Gesellschaften sind, von 11,1% 1950/59 auf 10,9% 1956/65 auf 11,7% 1960/69.<sup>46</sup>

Das Bild, das sich für Britannien für die 40er, 50er und den Beginn der 60er Jahre ergibt, unterscheidet sich nicht wesentlich von dem der Vereinigten Staaten.

Das Niveau der Rüstungsausgaben lag quantitativ höher als in den vorausgegangenen Friedenszeiten; es belief sich Anfang der 50er Jahre auf 10% der nationalen Produktion, von denen es Ende der 60er Jahre auf etwa 6% rutschte.

Bei einem so hohen investierbaren Mehrwert, der zur Rüstung ging, überrascht es kaum, daß das Niveau der zivilen Investitionen sehr niedrig blieb und die organische Zusammensetzung des Kapitals nur langsam vom geringen Niveau anstieg, auf das es durch Krise und Krieg herabgesetzt worden war. Von einer Höhe von 2,0 (1931/38) fiel es 1948/52 auf 1,61. Von dort stieg es 1953/58 auf 1,68, 1959/62 auf 1,78 und 1963/67 auf 1,85.<sup>47</sup> So hat es sogar nach 20 Jahren Wachstum immer noch nicht das Niveau von mehr als 2,0 erreicht, das die lange Krisenperiode und die Stagnation der Zwischenkriegsjahre erzeugt hat.

<sup>44</sup> z.B. von Mandel: "Late Capitalism", London 1975, S. 213

<sup>45</sup> William Nordhaus: "The falling share of profits", 'Brooking Papers on Economic Activity', 1/1974, S. 180

<sup>46</sup> 'Brooking Papers', 1/1977, S. 216. Für einen Überblick, der ein gleiches Bild zeichnet, siehe H.I. Liebling: "US Corporate Profitability and Capital Formation", New York 1980, S. 57-60

<sup>47</sup> Verschiedene Kalkulationen liefert Glyn und Sutcliffe: "British Capitalism, workers and the profits squeeze", Harmondsworth 1972, S. 248

Wieder zeigte die Profitrate vor der Besteuerung im ersten Teil dieser Periode nur eine sehr begrenzte Tendenz zur Abnahme, von etwas über 16% Anfang der 50er Jahre auf zwischen 13 und 14% Anfang der 60er - und **nach der Besteuerung** war es in der späteren Periode so hoch wie in der früheren.<sup>48</sup>

Was auf die Vereinigten Staaten und Britannien zutraf, galt auch für die anderen westeuropäischen Mächte. Die französischen Rüstungsausgaben lagen den Großteil der 50er Jahre bei über 5% und die westdeutschen zwischen 3 und 4,5%. Und die organische Zusammensetzung des Kapitals stieg während der 50er Jahre nicht, wie eine marxistische Untersuchung über Westdeutschland vermerkt.<sup>49</sup>

Jedes ehrliche empirische Studium der 40er, 50er und frühen 60er Jahre, muß zur Kenntnis nehmen, daß ein historisch hohes Niveau an Rüstungsausgaben von einer Systemstabilisierung begleitet wurde, einem Ausgleich zu den Tendenzen der organischen Kapitalzusammensetzung zum Anstieg und der Profitrate zum Fallen und von einer lang anhaltenden Boom-Periode.

## Theorie und Wirklichkeit

Die Tatsachen führen uns zurück zu den theoretischen Punkten... Dort wurde argumentiert, dass das verstärkte Niveau der militärischen Konkurrenz eine Zeit lang einige widersprüchliche Elemente abschwächen kann, die jeder Nationalökonomie innewohnen. Ein hohes Niveau an Rüstungsausgaben bedeutete, daß der Staat die Kontrolle über einen wesentlichen Anteil des Mehrwerts übernahm, der sonst nach profitablen Investitionsmöglichkeiten gesucht hätte.

Ergebnis dessen war:

1 dass ein Teil des investitionsfähigen Mehrwertes, der sonst brach gelegen hätte, wieder in den Produktionsprozess gesteckt wurde. Der Staat stellte sicher, dass das auch geschah, wenn die allgemeine Profitrate auf einem niedrigen Stand war.

2 dass die produzierten Güter dieser staatlich bewirkten Investitionen nicht mit der Konsumgüter-Produktion der Zivilwirtschaft konkurrierten (und so weder die Preise noch die Profitrate noch weiter nach unten drückten oder eine Überproduktion riskierten) und auch nicht die Form neuer Produktionsmittel annahmen, was den Anteil des Kapitals gegenüber der Arbeit<sup>50</sup> erhöht hätte (und so wiederum die Profitrate nicht verringert hat). Statt dessen wurden Güter hergestellt, die zur Selbstzerstörung bestimmt waren - zum "unproduktiven Konsum".

3 dass, selbst wenn der staatlich kontrollierte Rüstungssektor kapitalaufwendig gewesen wäre (wenn er eine hohe organische Zusammensetzung des Kapitals gehabt hätte), das nicht notwendigerweise zur Verringerung der durchschnittliche Profitrate nicht-staatlicher Kapitalien wegen des "von Bortkiewicz-Effektes" geführt hätte.<sup>51</sup>

---

<sup>48</sup> Glyn und Sutcliffe: "British Capitalism, workers and the profits squeeze", Harmondsworth 1972

<sup>49</sup> E. Altwater u.a.: "On the analysis of imperialism in the metropolitan countries", 'Bulletin of the Conference of Socialist Economists', Frühling 1974, S. 13

<sup>50</sup> die organische Zusammensetzung des Kapitals

<sup>51</sup> Um es so einfach wie möglich zu halten: Wenn durchschnittliche Profitraten in einen Rüstungssektor mit einer hohen organischen Zusammensetzung erbracht (oder festgelegt) werden, wird etwas von dem Mehrwert, der in den anderen (Lohn- und Kapitalgüter produzierenden) Sektoren geschaffen wurde, zu ihm überwiesen. Dies wird die Preise verringern, die die Kapitalisten in diesem Sektor für ihre Produktion bekommen, und das wird wiederum die Profitraten **erstmal** verringern. Aber Lohn- und Kapitalgüter sind nicht bloß Dinge, die diese Sektoren verkaufen; sie sind ebenso die **in ihnen eingesetzten Produktionsmittel**. Wenn ihr Preis fällt, fallen auch die Produktionskosten - was die Profitabilität wieder herstellt. Was die eine Hand nimmt, führt die andere wieder zu.

Natürlich stellt der große Rüstungssektor eine massive Verschwendung von Ressourcen dar, die sonst in die Erweiterung der Produktivinvestitionen hätten gesteckt werden können. Eine lange Zeit schien das gar nicht ins Gewicht zu fallen. Die Bürde wurde mehr oder weniger gleich unter den großen Konzernen verteilt, die die US-Ökonomie beherrscht haben, so dass die Expansionsmöglichkeit für produktive Investitionen jedes Konzerns ungefähr im gleichen Maß wie die der andern beschnitten wurde. Und während das kurzfristige Wirtschaftswachstum nie wieder das rasante Tempo erreichte, das es zuvor im "Boom"-Teil an den Tag legte, litt es auch nicht unter den Stillständen, denen es im Krisenteil des Kreislaufes ausgeliefert war.<sup>52</sup>

Der Vergleich zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsökonomie war, als vergleiche man Hase und Schildkröte aus der Aesop-Fabel. Die Vorkriegswirtschaft schnellte in großer Geschwindigkeit voran - und hielt abrupt und außer Atem an. Die Nachkriegsökonomie bewegte sich - unter der "Last" ungeheuer großer Rüstungsausgaben - langsamer vorwärts, hielt aber nicht auf dieselbe plötzliche Weise an. Ihre Profitrate wurde nicht nach unten getrieben, und so konnte sie weiter steigen, Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt. Ihre **langfristige** Wachstumsrate lag höher als jemals zuvor in der Geschichte des Systems: das Weltsystem wuchs »zwischen 1950 und 1965 doppelt so schnell wie zwischen 1913 und 1950 und nochmal fast halb so schnell wie während der Generation davor«.<sup>53</sup>

Zu Beginn des großen Booms drückte Vance das so aus: »enorm hohe Produktion und enorm hohe Verschwendung gehen Hand in Hand«.<sup>54</sup>

Ein Anzeichen für den Erfolg der kapitalistischen Wirtschaft vom Ende der 40er bis zum Beginn der 60er Jahre war, dass das Mittel, das die Keynesianer als Lösung für die Krise der 30er gepriesen hatten - Defizit-Budgetierung - gar nicht gebraucht wurde. Wenn die Regierungsausgaben - insbesondere die Rüstungsausgaben - sich auf hohem Niveau bewegten, wurde das durch eine hohe Wachstumsrate kompensiert.

Für Britannien zog eine Untersuchung der Regierungsfinanzen 1968 die Schlußfolgerung: »Während der Nachkriegsperiode hatte die Regierung, statt Nachfrage in's System zu injizieren, anhaltend eine große laufende Rechnung an Mehrwert gehabt... In der Nachkriegsperiode war die Finanzpolitik offenbar deflationär«.<sup>55</sup>

Erst mit dem Maudling-Boom Anfang der 60er Jahre und dem Barber-Boom Anfang der 70er Jahre (beide unter Tory-Regierungen) begann sich das zu ändern. Der Keynesianismus war vielleicht die Ideologie der Nachkriegsperiode - aber lange Zeit war er eine von der Praxis getrennte Ideologie.

So hat es auch Megan Desai festgehalten:<sup>56</sup> »In den USA dauerte es lange, bis keynesianische Politik offiziell angewandt wurde... Schließlich triumphierte sie mit der Steuerbescheidung unter Kennedy und Johnson von 1964«. Das geschah, nachdem der große Boom bereits 15 Jahre gedauert hat (und 25 Jahre, wenn man die kurzlebige und seichte Rezession Ende der 40er Jahre außer Acht läßt).

Die Logik von der waffengestützten ökonomischen Expansion ist an vielen marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern spurlos vorübergegangen. Es sei absurd, meinen sie, einen staatlichen Abzug vom Mehrwert als etwas zu sehen, das die Tendenz des Mehrwertes überwindet, langsamer zu wachsen als die gesamten Investitionskosten. Es sei absurd, daß

---

Für eine ausführlichere Diskussion dieses Punktes und seiner Bedeutung für die marxistische Krisentheorie siehe: "Erklärung der Krise", Kapitel 1.

<sup>52</sup> Für Vergleiche der Vor- und Nachkriegs-Kreisläufe siehe R.A. Gordon: "Business Fluctuations", New York 1961, S. 272

<sup>53</sup> M. Kidron, S. 11

<sup>54</sup> Vance: "The Permanent Arms Economy"

<sup>55</sup> R. Matthews: "Why has Britain had full employment since the war?", 'Economic Journal', September 1968

<sup>56</sup> "Testing Monetarism", London 1981, S. 76

der staatliche Abzug vom Mehrwert den Fall der Profitrate bezwingt. Anstatt die Existenz dieser "Absurdität" zuzugeben, haben viele marxistische Ökonomen einfach Wirklichkeit dessen geleugnet, was im Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg passiert ist.

Was sie nicht verstehen, ist, dass diese "Absurdität" nur ein Teil der weitgreifenden Absurdität des gesamten kapitalistischen Systems ist, seines widersprüchlichen Wesens.<sup>57</sup> Sie erkennen nicht, dass das Engagement in militärischer Konkurrenz ein genauso "legitimes" kapitalistisches Ziel ist, wie das Engagement in wirtschaftlicher Konkurrenz um Märkte - was es in der Epoche imperialistischer Konflikte zwischen Staatskapitalien auch sein **muss**. Diese Marxisten waren nicht die ersten, die nicht erkannten, wie Absurditäten für den Kapitalismus logisch sein können. Einer der größten Anhänger von Marx, Rosa Luxemburg, verstand nicht, wie der Kapitalismus fortwährend den Wert erhöhen konnte, der in den Produktionsmitteln verkörpert ist, ohne mehr Konsumgüter zu produzieren. Auf gleiche Weise verstanden diese Marxisten nicht, wie der Kapitalismus möglicherweise von der ständigen Vergrößerung der Zerstörungsmittel profitieren konnte. Wie Rosa Luxemburg waren sie so sehr von der Irrationalität dessen verwirrt, was die Kapitalisten taten, dass sie versuchten zu leugnen, dass das die Funktionsweise des Systems war.

Die "irrationale" Logik, die den westlichen Rüstungsökonomien zugrunde liegt, hat ihre Parallele in den östlichen Staatskapitalien. Auch da hatten die Rüstungsausgaben widersprüchliche Wirkung - einerseits verlangsamten sie die kurzfristigen Wachstumsraten; andererseits schufen sie Bedingungen, die sie vor einer Verwicklung in katastrophale Krisen bewahrten.

Der zentrale Trieb der Herrscher dieser Länder war es, die entwickelten westlichen Länder *»einzuholen und zu überholen«*. Alle Ressourcen auf dem Gebiet, das vom Staatskapital kontrolliert wird, wurde auf dieses einzige Ziel gerichtet. Die individuellen Produktionseinheiten waren zu klein und technisch zu rückschrittlich, um sich über die Marktkonkurrenz direkt dem Rest der Welt zu stellen, ohne zu riskieren, dem Westkapital unterworfen zu werden. Nur die Autarkie - das Abschneiden normaler Marktbindungen zwischen dem Gebiet und dem Rest der Welt - konnte dieses Risiko abwenden. Aber die Autarkie mußte von einer bewaffneten Armee verteidigt werden, damit die westlichen Kapitalien das staatskapitalistische Gebiet nicht mit militärischen Mitteln direkt ihrem Eindringen öffnen.

Das Staatskapital kann sich nicht dem direkten Druck der Marktkonkurrenz mit dem ökonomisch entwickelteren Westkapital entziehen, außer, es tritt in militärische Konkurrenz zu ihm.

Hätte es sich für die ökonomische Konkurrenz entschieden, wäre sein ökonomisches Wachstum direkt in die Abhängigkeit von den Auf- und Abschwüngen der Weltwirtschaft, von Weltbooms und Weltkrisen geraten. Der Trieb nach internationaler Marktkonkurrenz hätte bedeutet, das Verhältnis von Produktionsmitteln zu Arbeitern unmittelbar auf den Weltdurchschnitt zu erhöhen und so in jeder inländischen Produktionseinheit einen Abwärts-Druck auf die Profitrate auszuüben. Sobald die Profitrate auf diese Weise fällt, hätten diejenigen, die Investitionsentscheidungen kontrollieren, sie verschoben, um auf einen weltwirtschaftlichen Aufschwung zu warten, um günstigere Investitionsbedingungen zu schaffen. Das Muster von Boom und Krise wäre innerhalb der Nationalökonomie in Erscheinung getreten.

Massive Rüstungsausgaben wandten viele dieser Zwänge ab - obwohl sie die Existenz von Investitions- und ökonomischen Wachstums-Kreisläufen in den Oststaaten nicht

---

<sup>57</sup> Zu den Beispielen dieses Fehlers gehört auch D. Yaffe: "State Expenditure and the Marxian theory of crisis" in 'IS Internal Bulletin', 1972, und E. Mandel: "Marxist Economic Theory", London 1968

beendete, die sich manchmal so äußerte, wie in den westlichen Ökonomien während des großen Booms.<sup>58</sup>

Während der 40er und 50er Jahre waren die Oststaaten in der Lage, sehr hohe Wachstumsraten aufrecht zu erhalten, indem sie jede existierende Menge an Mehrwert investierten, ungeachtet seines Verhältnisses zu vergangenen Investitionen (der Profitrate). Das konnten sie **nur** deshalb tun, weil die russischen Herrscher mit den Rüstungsausgaben über ein Mittel verfügten, mit dem sie ihre Einflußsphäre von externen Marktzwängen isolieren konnten. Die Dimension der militärischen Konkurrenz erlaubte ihnen für eine lange Periode, die Bedeutung der Dimension der Marktkonkurrenz herunterzuspielen.

Gleichzeitig reduzierten ihre immensen Kosten für die Rüstung die **weltweiten Investitionen** in der Produktivindustrie und mit ihnen die weltweite Tendenz der organischen Zusammensetzung des Kapitals zum Anstieg und der Profitrate zum Fall. Wegen Rußlands großer Ausgaben für die Rüstung, konnte seine Industrie nie den Punkt erreichen, wo sie in der Lage gewesen wäre, die westliche Industrie in der Konkurrenz des Marktes zu unterhöhlen - und so die Profitabilität der westlichen Industrie zu zerschlagen. Und umgekehrt bewahrte sie sich selbst davor, in eine Situation zu rennen, wo sie die Auswirkungen einer weltweiten Überproduktionskrise erlitten hätte.

Ohne die Rüstungsökonomie wäre der Staatskapitalismus - in Ost **und** West - nicht denkbar gewesen. Ohne die Ausgaben für Rüstung hätten die rivalisierenden Staatskapitalien sich nur in der Konkurrenz des Marktes aufeinander beziehen können - und hätten deshalb alle Krisenelemente der Zwischenkriegsjahre reproduziert. Tatsächlich waren sie nicht einmal mit den Rüstungsausgaben in der Lage, die Marktkonkurrenz-Elemente zwischen Staatskapitalien davon abzuhalten, eine immer größere Bedeutung zu erlangen - und zum Wieder-Auftreten der Krise zu führen. □

---

<sup>58</sup> Für eine längere Auseinandersetzung damit siehe C. Harman: "Poland and the crisis of State Capitalism" in 'International Socialism' (alte Reihe), Nr. 93 und 94. Für empirische Details siehe Goldman und Korba: "Economic Growth in Czechoslovakia", Prag 1969, S. 41; Branko Horvat: "Business Cycles in Yugoslavia" in 'East European Economics', Bd. X, Nr. 3-4.